

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbindern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 18. Juni 1930 Nummer 139

Die Antwort der Kommunisten im Reichstag an Frick:

„Minister der Arbeitermörder!“

Faschisten-Frick als Youngknecht demaskiert: Wer die kapitalistische Republik gewaltsam stürzen will, „ist ein Verbrecher!“

Berlin, 17. Juni. (Eig. Bericht)
Am Dienstag wurde im Reichstag die Beratung des Etats des Innenministers fortgesetzt. Als erster sprach
Abg. von Harbott (DVP): Wir sind im gegenwärtigen Moment gegen Neuwahlen; denn als Ergebnis solcher Wahlen würden dieselben Zustände wie im Berliner Stadtparlament herauskommen. (Komm. Zurufe: Ihr habt ja furchtbare Angst vor dem Anwachsen der Kommunisten!) Ich muß bedauern, daß Herr Severing, als er Innenminister war, nicht in Thüringen durchgegriffen hat und die Fick-Regierung verhindert hat. (Stürmisches Hört, hört! Im ganzen Saale und Zurufe: Und der sozialdemokratische Minister Baum?) Ich halte es für unmöglich, daß ein Nationalsozialist Minister werden kann. (Dauernde Unterbrechung und kommunistische Zurufe: Fick regiert nur durch eure Hilfe! Der Nazis, Dreher ruft: Das ist ja zum Kochen! Er wird aus dem Saal gewiesen.) Wir leben gegenwärtig in Deutschland im Zustand des latenten Bürgerkrieges. Die Aufhebung des Stahlhelmsvertrages in Rheinland-Westfalen halte ich für unbedingt notwendig.
Abg. Präf. Reicht (DVP) sprach über die Notwendigkeit der Reichsreform und bemerkte dazu: „Die Fassade des Reichsgebäudes ist nicht die Hauptsache, wenn der ganze Bau wackelt.“ (Kommunistische Zurufe: Wenn das ganze System wackelt!)
Abg. Dr. Fick (NSDAP): (Die Kommunisten rufen: Der Minister der Arbeitermörder! Gen. Leow erhält einen Ordnungsruf.) Der Streit zwischen Thüringen und dem Reich ist eine Groteske. (Rechtlicher Beifall bei den Komm.)
Severing hatte die Polizeigelder gespart, aber wir hatten bereits genügende Vorschläge.
Wir wären auch in der Lage, in Thüringen eine eigene Not-

polizei aufzustellen. (Stürmisches Hört, hört! Die Kommunisten und andauernde Zurufe: Ihr wollt wohl eure faschistischen Banden offen bewaffnen?) Bei allem, was ich tue, kann ich mich auf die Verfassung berufen. Ich bin der Auffassung, daß man die Staatsgewalt nicht mit Gewalt erobern kann.
Wer die Republik gewaltsam stürzen will, ist entweder ein Dummkopf oder ein Verbrecher.
Ich habe ausdrücklich der thüringischen Polizei die Anweisung gegeben, unparteiisch zu sein. Ich hatte bereits dem früheren Reichsminister v. Reubell die schriftliche Erklärung gegeben, daß wir Nationalsozialisten nicht den Sturz der Verfassung wollen.
Es würde den Grundgedanken der Weimarer Verfassung nicht entsprechen, wenn Nationalsozialisten nicht Vollminister werden dürften. (Lärm bei den Sozialdemokraten und Gegenteile der Nazis. Der Abg. Goebbels wird aus dem Saal gewiesen.) Die von mir empfohlenen Schulgebete enthalten keinen Angriff gegen irgendeine Volksschicht. Sie richten sich nur gegen die vorkommenden Elemente. Wenn die Not am größten ist, dann steht ein Volk immer zu seinem Herrgott. (Andauernde kommunistische Unterbrechungen und Zurufe: Und du führst die Kopfscheuer ein, erhöhst die Mieten und sorgst für Lebensmittelmangel durch erhöhte Zölle.) Es handelt sich nicht um Höhepunkte, sondern um Arbeitsgebiete. Der Innenminister sollte sich nicht um diese Gebiete kümmern, sondern gegen die schamlose Propaganda für den Paragraphen 218, die von dem Wasserwerk Berlin ausgeht. Ich habe auf die Verfassung des Reiches und des Landes Thüringen geschworen und ich werde den Schwur halten. (Beifall bei den Nazis und thüringische Gegenkundgebungen der Kommunisten.)
(Fortsetzung 2. Seite)

Die Führer der KPD sprechen heute und morgen:

Hermann Remmele: Mittwoch, den 18. 6., 19.30 Uhr in Krilles Gasthof, Freital.
Heinz Neumann: Donnerstag, den 19. 6., 19.30 Uhr, Gasthof Coßmannsdorf.
Willy Leow: (ehemaliger Bundesführer des verbotenen Roten Frontkämpferbundes): Mittwoch, den 18. 6., 19.30 Uhr, Bürgergarten Dresden-Löbtau.

Staat, Parlamentarismus und Proletariat

Von Rudolf Kenner
Immer wieder ist es notwendig, auf den Sinn der Parlamentswahlen und auf den „Wert“ des Parlamentarismus hinzuweisen. Gerade während einer Wahlkampagne ist das doppelt geboten. Früher war darüber auch in der SPD eine Diskussion. Es wurde daran gearbeitet, die Illusionen zu zerstören, die sich bei Teilen der Arbeiterschaft an den Parlamentarismus knüpften oder die von gewissen Leuten großgezogen wurden. Im Jahre 1908 gab der Rotfrontkämpferbund eine Broschüre zur Erweckung von Millionen, eine Broschüre von Parvus heraus, die sich betitelt: „Die Sozialdemokratie und der Parlamentarismus“. In dieser Broschüre sagt Parvus:
„Das Parlament ist also keine selbständige politische Macht. Das höchste, was es sein kann, ist der Anzeiger der politischen Stimmungen und Tendenzen im Volke, des politische Barometer.“
Aber selbst als solches läßt es Parvus nur im beschränkten Umfang gelten; denn so sagt er:
„... daß die parlamentarischen Institutionen, obwohl sie Interessenvertretungen sind, auch noch ihren eigenen Gesetzen folgen, die sich aus der politischen Herleitung, aus dem Geist der Führer und aus tausend Zufälligkeiten ergeben.“
Die sozialdemokratischen Führer von heute täuschen den Arbeitern die Illusion vor, als können sie auf außerparlamentarische Kämpfe verzichten und erhalten die Verbesserung ihrer Lebenslage und ihre Befreiung durch das Parlament. Diesen aufgeblassenen Volksbetrüger schrieb Parvus damals folgendes ins Stammbuch:
„Nun denke man sich aber einen Laubfrosch, der sich einbildet, daß er das Wetter macht, und man wird sich ungefahr die Selbstgefälligkeit vorstellen können, mit der der eingetragene Parlamentarier über die Geschicke des Volkes zu entscheiden glaubt.“
Soweit auch sozialdemokratische Parlamentarier von dieser politischen Autolage betroffen werden, äußert sich das darin, daß sie sich gewöhnen, die parlamentarische Behandlung als den Gipfelpunkt eigener politischer Aktion, die parlamentarische Abstimmung als politische Entschädigung zu betrachten. Einem solchen Meint die Welt vermagst zu sein, die Geschichte stellt ihren Lauf ein, alle Kräfte rufen, nichts kann geschehen und jedes Hoffen ist vergebens, — wenn sich im Parlament dafür nicht eine Mehrheit findet.“
Ja, werden jetzt die Demagogen antworten, das war 1908. Jetzt aber haben wir die „demokratische Republik“, jetzt wird die Regierung durch das Parlament bestimmt und diese Regierung, die der Kontrolle des Parlaments untersteht, muß die Politik machen, die von der Mehrheit gefordert wird. Nun, wir werden auch hier zuerst Parvus antworten lassen. Damals gab es ja auch schon bürgerliche Republiken und Ministerialismus. Zum Beispiel in Frankreich. Parvus schrieb:
„Die Macht des Parlaments ist in der kapitalistischen Gesellschaft mannigfach eingeschränkt. Vor allem durch den kapitalistischen Besitz. Dadurch werden die wirtschaftlichen Verhältnisse, die alle anderen sozialen Beziehungen bestimmen, in großen Stücken dem Wirkungsbereich des Parlaments entzogen. ... Wo der kapitalistische Privatbesitz und die kapitalistische Weltwirtschaft sich vereinigen, tritt die Machtlosigkeit der Parlamente erst recht in ein besonders grelles Licht. So bei den großen Trüben. ... Eine weitere Einschränkung ergibt sich aus der Teilung zwischen der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt.“
Selbst wo die Minister vom Parlament gewählt werden, bildet doch der Regierungsapparat mit seiner Beamtenherrschaft und immer eine mehr oder weniger selbständige Macht.“
Parvus weist dann darauf hin, daß auch durch die Verfassungen die herrschende Klasse ihre besondere Sicherung gesichert hat. Nehmen wir nur die entsprechende Bestimmung

Neuer faschistischer Arbeitermord

Genosse Gerlach erlöchen — Der Mörder von den empörten Arbeitern zusammengeschlagen

Chemnitz, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht)
Am Montagabend unternahm auf der Straße Glauchau-Neinholdshain die Nazis auf eine Gruppe kommunistischer Arbeiter, die auf dem Wege nach Neinholdshain zum Flugblattverteilern waren, einen organisatorisch vorbereiteten Überfall. Den Genossen Gerlach verletzten sie so schwer durch einen Stich in den Hals, der bis zur Lunge drang, daß er gestern früh 4,45 Uhr im Krankenhaus verschied. Der Mörder ist der Nazibandit Steger aus Glauchau, 3 weitere Genossen haben zum Teil sehr schwere Stichverletzungen am Rücken und Oberarm, sowie Totschlaggerverletzungen an Stirn und Hinterkopf. Während noch den bis jetzt vorliegenden Meldungen noch kein einziger Nazibandit verhaftet worden ist, wurde der Genosse Rudolf als „Führer“ der Flugblattverteilerkolonne verhaftet.
Im einzelnen erfahren wir noch: Am Montagabend begaben sich etwa 40 Arbeiter aus Glauchau nach dem etwa 25 Minuten entfernten liegenden Neinholdshain, um Flugblätter zu verteilen. Auf der Straße nach Neinholdshain wurden die Arbeiter von einem nationalsozialistischen Motorradfahrer überholt. Die Arbeiter gingen in kleinen Gruppen und ziemlich weit auseinander. Als die ersten Arbeiter die Straßenkreuzung Niederlungwitz-Neinholdshain etwa 15 Meter überschritten hatten, ertönte plötzlich eine Signalarbeit, und aus einem Kornfeld und aus umliegenden Häusern hörten sich etwa 70 Nazis auf die Arbeiter. Mit Knüppeln, Totschlägern und Stahlhaken gingen die Faschisten auf die Arbeiter los. Die weiter hinten gehenden Arbeiter eilten sofort im Laufschritt ihren bedrängten Genossen zu Hilfe. Plötzlich von ein Nazi einen etwa 20 bis 25 Zentimeter langen Dolch und nach damit auf die Arbeiter ein. Der Genosse Gerlach brach sofort zusammen. An ungeheurer Erregung schlugen die Arbeiter den Mörder zusammen und prügelten die Faschisten zurück. Während hier sich ein Kampf, von dem nochmals etwa 50 Nazis überbrannten. Vor der ungeheuren Uebermacht von etwa 120 schmerzhaftem Faschisten mußten sich die mit nackten Fäusten kämpfenden Arbeiter zurückziehen. Aus Krankenhaus wurden von den Faschisten 6 eingeliefert, von denen 3 wieder entlassen wurden; von den 3 anderen ist nur einer schwer verletzt, und zwar der Mörder des Genossen Gerlach, der nationalsozialistische Straß Steger aus Glauchau.

daß eine Handvoll von Funktionären den Sprengungsberichts beabsichtigten. Der Versuch scheiterte an der Disziplin der versammelten Arbeiter. 10 bis 15 SPD-Funktionäre verließen daraufhin den Saal, während mehr als 60 Arbeiter, meist parteilose und mehrere sozialdemokratische Arbeiter in der Versammlung blieben. An der Diskussion über den Rest des Gen. Knobts nahm auch ein SPD-Arbeiter teil. Es entwickelte sich eine wertvolle kameradschaftliche Auseinandersetzung über die Politik der SPD und der KPD.
Aber der Erfolg der kommunistischen Wahlkündigung ließ die führenden Funktionäre der SPD nicht ruhen. Kurz vor Schluß der Kundgebung erschien plötzlich ein Polizeikommandant mit Beamten im Saal, während draußen 3 Heberallkommandos der Dresdener Polizei postiert waren, die von dem sozialdemokratischen Gemeindevorsteher er offenbar angefordert waren. Die Versammlung beantwortete diese Provokation mit dem begeisterten Gesang der „Internationale“ und mit einem disziplinierten Abbruch unserer erloschener Kundgebung. Das proletarische Böhschen wird am 22. Juni die Antwort nicht schuldig bleiben. Es wird Kommunisten wählen.

Moskauer Grüße an die sächsischen Kommunisten

Genosse Heckert sandte aus Moskau folgendes Telegramm an die KPD Sachsen:
Kompartei Landtag Renner Dresden
Genossen, seid eingedenk der Situation der Arbeiterklasse — erfordert größte Aktivität kommunistischer Avantgarde. Mobilisiert alle sympathisierenden Kräfte, Betriebsarbeiter, Erwerbslose, Kurzarbeiter, Notleidende in Stadt und Land gegen Feinde werktätiger Massen, die Brotverteuerer, Lohnräuber, faschistische Demagogen, sozialfaschistische Partei, linkssozialdemokratische Arbeiterbetrüger, Brandlerrenegaten, Nischwitzverräter.
Ihr seid einzige Kampfkraft proletarischer Interessen. Brecht Kapitaloffensivel Bereit größte Niederlage allen Klassenfeinden, Bürgerblock, National- und Sozialfaschisten! Macht 22. Juni zum großen Siegestag kommunistischen Vormarsches! Bolschewistischen Kampfgruß!
Fritz Heckert, Moskau.

Ueberfallkommandos

von SPD-Führer gegen KPD-Wahlversammlung mobilisiert
Chemnitz, 18. Juni.
Zur Wahlkündigung der KPD in Dölschitz hatte die SPD-Wahl ihre Anhänger aufgerufen, „geschlossen die Versammlung zu besuchen“. Schon bei Versammlungsbeginn war es offenbar

Wohlfahrt der Bevölkerung. Wir wollen hier nur auf die wesentlichen Bestimmungen hinweisen. Ein bestimmter Art 47: Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßige Ausgaben des Reichs der Zukunft durch den Finanzminister. Damit ist dem Vorkriegsstand die Möglichkeit genommen, gegen den Willen des Finanzministers Gelder für Erwerbshilfe, aber zur Wohnungsbeschaffung, oder für Wohnungsbau um auszugeben, wenn der Minister nicht will. Nun könnte man wieder sagen, dann muß man eben die Regierungshilfe befragen, und die Demagogie aus dem Vager der SPD werden diesen Satz gern ausnehmen, um damit baldigt die Notwendigkeit einer Koalition zu demonstrieren. Da ist es für die Arbeitermassen notwendig, daß sie sich darüber klar sind, welche Aufgabe ein Minister innerhalb eines kapitalistischen Staates hat, daß die Politik von den Besitzern der Produktionsmittel bestimmt wird, daß, wie Garbus sagt:

Die wirtschaftliche Macht der kapitalistischen Klasse ist zugleich ein politischer Faktor. Die Banken und die Werke, infolge ihrer herrschenden Stellung im kapitalistischen Verstehe und infolge der finanziellen Abhängigkeit des Staates vom Geldmarkt, sind ein politischer Machtfaktor für sich. Die Regierung ist ebenfalls ein Machtfaktor für sich. Das Sozialdemokrat. Die Arbeit.

Diese Kräfte, jetzt das Finanzkapital, bestimmen die Politik. Die Werke werden im Verband der Sachlichen Industrieellen angeordnet. Dort, oder mit dem Vertreter des Verbandes, oder des Bauernbundes, der Gewerkschaften, werden sie vorberaten und beraten.

Um das zu verhindern, müssen wir uns darüber klar sein, was der Staat ist. Wir haben bisher Garbus zitiert, einen der Sozialdemokraten. Jetzt wollen wir werden wir die Altmeyer des Marxismus, jetzt werden wir von Lenin sprechen lassen. Auf Grund der Aehnlichkeiten von Friedrich Engels und Karl Marx schreibt Lenin über den Staat:

Nach Marx ist der Staat ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ der Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, ein Produkt der Ordnung, die diese Unterdrückung festhält und zum Zweck erhebt und somit das Auseinanderfallen der Klassen dämpft.

Der Staat steht damit zwar über der Gesellschaft, die von Klassenkämpfen zerrissen ist, nicht aber über den Klassen. (Wolfsheer)

Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassenkämpfe im Zaum zu halten; da er mitten im Konflikt vieler Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelst seiner auch die politisch herrschende Klasse wird, und so neue Mittel erweist zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse.

Alles ein Instrument der herrschenden Klasse, auch in der sogenannten demokratischen Republik ist das nicht anders. In ihr übt der Reichstag keine Macht indirekt, aber um so stärker aus, und zwar erstens in der Form der direkten Beschlüsse und zweitens durch Allianz von Regierung und Partei.

Fortsetzung des Reichstagsberichts

Reichsinnenminister Dr. Wirth: Ich verstehe sehr wohl den Standpunkt, daß ein Volk, wenn es in Not ist, seinen Herzog anruft, und teile auch die Auffassung mit Herrn Dr. Fried, daß solche Gebete gut und richtig sind. Aber politische Streitfragen dürfen nicht mit dem Gebet verknüpft werden. Daher sind die Voraussetzungen für die Gewährung der Politikschritte an Bedingungen nicht gebunden. (Kommunistische Zeitung: Wie lange? Wie steht es mit den nächsten Vorschlägen?)

Herr Fried (links, links): Fried ist 1923 wegen Hochverrats zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. (Kommunistische Zeitung: Und ist sie jetzt als Minister abgesetzt?) Als im Jahre 1923 in Thüringen eine sozialdemokratische kommunistische Koalition zustande kam, wortete man in Berlin nicht erst, was die Kommunisten tun würden, sondern der Reichsfunktionär Stiefmann (Kommunistischer Jurist: Und der Innenminister Stiefmann?) brachte unter dem Druck der bürgerlichen Parteien die Reichsmehrheitsentscheidung an. Das war eine falsche Politik. Wir empfehlen eine solche Politik nicht gegen Herrn Dr. Fried, (Hört, hört! bei den Komm.) Es ist ein unzulässiger Vorwand, daß die Nationalsozialisten in der deutschen Republik Reichsminister werden können. (Nationalsozialistischer Jurist: Nur kein Reich!) Herr Fried hat bei der Wahl der Reichsministeren auch nicht nach der Vorbildung der Leute gefragt. (Nun genügt der Parteizusatz.)

Für die kommunistische Reaktion hielt darauf Marie Kitzemann mit dem Nationalsozialismus.

Genosse Neubauer:

Die heutige Reichsregierung ist eine Gräueltat. Staat offen ausgesprochen, was Fried denkt, hat er seine und ehrlös getrieben. (Ordnungswort des Präsidenten Loh.) Sehr wahr bei den Kommunisten.) Derselbe Fried, der im Jahre 1923 als der Hefe Mussolinis (Genosse Neubauer erblickt einen zweiten Ordnungswort), war im Reichstag feindlich und wimmerte gedehnt vor Untertänigkeit vor den Geleihen der Reichsregierung. Er behauptet, er habe noch den politischen Willen angegeben habe.

Was was handelt es sich wirklich? Für die Nationalsozialisten geht es um die Schaffung eines faschistischen Blocks im Mitteldeutschland, und für die Schwerindustrie handelt es sich um die Stärkung der Nationalsozialisten, da dieselben für das deutsche Schwerkapital unentbehrlich geworden sind.

Herr Kardorf von der Volkspartei hat heute eine Rede gegen den Minister Fried gehalten. Das ist ein demagogischer Theater. In Thüringen ermöglicht erst die Volkspartei, die Partei des deutschen Schwerkapitals, die Regierung Fried.

Es gibt einmal kräftig aufzuräumen mit der Begleitwirkung von dem Kapitalismus links und dem sogenannten Sozialismus rechts. Es gibt keine Vergleichsmöglichkeiten zwischen dem revolutionären Sozialismus des Proletariats und dem Helotentum der Nationalsozialisten. Der revolutionäre Sozialismus entspringt aus der verbrüderlichen Politik der kapitalistischen Regierungen, aus der schamlosen Ausplünderung der Massen durch Steuern und Zölle. Dieser Kampf ist getragen von dem Erkenntnis, daß es für das Proletariat nur einen Weg aus dem Elend gibt, den Weg der revolutionären Vertreibung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch. Das ist der Sozialismus von links.

Und was ist dagegen die Nationalsozialistische Partei? Sie ist die gelbe Pest in den Betrieben, das Werspiegel, das Denunziantentum, das terroristische Panditentum auf der Straße zur Einschüchterung und Zerstückung der revolutionären Klassenfront. Darum haben die Nationalsozialisten vollkommene Freiheit von ihren Gebahren in einer Kruppeligen Nation, die Stimmen der Massen einzusaugen.

Vollständig ist festzustellen, daß Herr Kardorf vom rheinischen Gewerkschaft, Herr Boritz, Herr Wutschmann aus Sachsen und Herr Böhle zu den eifrigsten Geldgebern der Nationalsozialisten gehören.

Jetzt haben die Nationalsozialisten in Thüringen wunderbare Gelegenheiten, zu zeigen, wie „ihre Sozialismus“ aussieht. Und siehe da? Herr Fried, der heute viel über Schuligkeit dahergelapelt hat, hat verstanden, daß er es war, der eine Kapfenauer von 6 Mark pro Kopf der Bevölkerung einpfand hat. Diese Kapfenauer bedeutet für Herrn Fried mit seinen 18000 Mark Gehalt: kaum eine kleine Wein, aber für einen Gewerkschaftler in Thüringen sind 6 Mark ein großer Betrag.

Rechenunterstützung? Aber gegen die Kapitalisten hat Herr Fried nichts unternommen. Im Gegenteil! Die

Schwerindustrielle Deutsche Volkspartei und der Landbund in Thüringen sind so von Frieds Regierungstätigkeit begeistert, daß sie selbst nach Berlin fahren, um beim Reichsinnenminister Wirth die Verlängerung der Amtsperiode des Herrn Dr. Fried zu erwirken.

Die sozialdemokratischen Führer sind die linke Hand des deutschen Kapitalis, die Nationalsozialisten die rechte. Mit diesen beiden Händen soll das deutsche Proletariat gefesselt werden. Es ist kein Zufall, daß Sennering das Republikenschutzes geistlichen hat, mit dem jetzt Fried die kommunistische Presse verbietet. Die Partei des Arbeitermordes ist Regierungspartei!

In Deutschland gibt es nur eine einzige antifaschistische Kraft, das ist die kommunistische Partei. Die Kommunisten fordern für die Arbeiterschaft das Recht des Selbstschutzes gegenüber den faschistischen Mordorganisationen. Dieses Recht zu erkämpfen fordern wir die deutschen Arbeiter auf. Aber endgültig wird der Faschismus erst niedergedrungen mit dem Sturz des kapitalistischen Systems.

Wenn das System fällt, dann sterben auch seine treuesten nationalsozialistischen Retterhunde.

(Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.)

Schrittmacher der sächsischen Koalitionspolitiker

Dresden, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Dresdener Regierungstreue ist beendet und eine Koalition, bestehend aus Zentrum, SPD und der Beamtengruppe, gebildet worden. Als Vizepräsident wurde mit den Stimmen der Koalitionsparteien, also auch mit dem Bürgerblockzentrum, der sozialdemokratische Abgeordnete Weh gewählt.

Die sächsische Koalitionspolitiker sind die linke Hand des deutschen Kapitalis, die Nationalsozialisten die rechte. Mit diesen beiden Händen soll das deutsche Proletariat gefesselt werden. Es ist kein Zufall, daß Sennering das Republikenschutzes geistlichen hat, mit dem jetzt Fried die kommunistische Presse verbietet. Die Partei des Arbeitermordes ist Regierungspartei!

SPD-Braun für die Schandpläne des Bürgerblocks

Berlin, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die preußische Koalitionsregierung fordert, daß das Kapital 2 1/2 Prozent des Einkommens für alle Beamten und nichtversicherungspflichtigen Angestellten zur Arbeitslosenversicherung beitrage, wobei noch verständig hinzukommt, daß die zur Versicherung mit herangezogenen Kreise der Beamten und Angestellten keinen Anteil an den Leistungen der Versicherung erhalten. Ein anderer Vorschlag der preußischen Koalition sieht eine Verdoppelung der Verdienste mit gewissen „sozialen Ausnahmen“, die sich von den Ausnahmen der Bürgerblockregierung überhaupt nicht unterscheiden, vor.

Seberings Republikerschutzgesetz geht um

Berlin, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In einem Weidinger Lokal erziehen in einer Mitgliedsversammlung der SPD nämlich ohne jeden Anlaß Polizei auf einem Fißer und zwei Ueberfallwagen, um eine Durchsuchung nach Waffen vorzunehmen. Gefunden wurde nichts.

Berlin, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nach bürgerlichen Blättern hat der Reichsminister der Justiz, Preuß, sich in einem Schreiben an die Länderregierungen gewandt und sie aufgefordert, die Ausübung des politischen Kampfbundes nach dem Muster der preußischen sozialdemokratischen Koalitionsregierung zu bekämpfen.

9 Monate Festung für eine Genoffin

Leipzig, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte gestern die Rechtsanwältin der Roten Fahne, Genoffin Klumpp, zu neun Monaten Festung. Das Urteil stützt sich insgesamt auf 13 Artikel, wodurch nach Auffassung des Vorkens-Senats Vorbereitung zum Hochverrat begangen worden sein soll.

Roter Betriebsrat gemahregelt

Berlin, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In der Gewerkschaftsdruckfabrik wurde der Betriebsratsvorsitzende gemahregelt, nachdem er mutig und entschlossen die Forderungen der Firma auf Lohnabbau und Steigerung der Arbeitsleistung abgelehnt hatte.

Berliner Metallarbeiter kampfbereit

Berlin, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Berliner Metallarbeiter nahmen gestern abend in einer von der Opposition einberufenen Versammlung Stellung zu dem Lohnabbau in Nordmet. Das Komitee hielt Genosse Kemmerle. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklären die Metallarbeiter, den Kampf der Nationalsozialisten und in Nord-

Sammelt Wahlmunition!

Ein Beispiel für alle Genoffen! Die Genoffen Eißner (68 Jahre alt) und Gortmold (56 Jahre alt) aus dem Wahlbezirk 5 Dresden sammelten am zwei Sonntagen in der ihnen zugewiesenen Straße 15 Mark. Genoffe Reiche sammelte in 2 Stunden 10,25 Mark.

Was hast du gesammelt?

Berm. Bez. 3 Reichen à Konto	50,--	Bl.
Fischgraben à Konto	30,--	"
Lubitz à Konto	40,--	"
Schiffenwerf à Konto	5,50	"
Hartmannsdorf à Konto	50,--	"
Hohenstein-E. à Konto	20,--	"
Ysbau à Konto	3,25	"
Bad Naußitz à Konto	30,--	"
Kierlich à Konto	30,--	"
Köthenhroda à Konto	20,--	"
Genoffe Mittel sammelte beim Flugplatzwertellen allein	17,54	"
Gersdorf, Bez. Chemnitz	66,20	"
Gen. Raber, Wieland, Spitzer	46,75	"
Gen. Friedmann, Schwarzenberg, sammelte in 2 Stk.	22,--	"
Lugau à Konto	45,--	"
Döbeln à Konto	35,46	"
Mittweida 2. Rate	60,--	"
Mittweida, Internationales Bund	33,55	"
Pegau (Widhlag)	41,50	"
Kuerswalde à Konto	5,--	"
Freiberg (Widhlag)	56,--	"
Widhlag 2. Rate	12,20	"

Welche Ortsgruppe hat das Soll schon erreicht? Genoffen, macht die letzten Tage noch aus! Schickt die gesammelten Gelder sofort an uns ab!

Trotz allem! Immer vorwärts!

Neuer Wahlsieg der roten Liste

In Schmöckwitz (Sonderkreis) fanden am letzten Sonntag die Gemeindevahlen statt. Nachfolgend bringen wir das Ergebnis mit der Gegenüberstellung des Wahlergebnisses vom 17. November 1929:

Rote Arbeiterliste 112 Stimmen (1929: keine Liste)
SPD 87 Stimmen (1929: 140 Stimmen)
Bürgerliche 109 Stimmen (1929: 138 Stimmen)

Das glänzende Wahlergebnis für die kommunistische Partei zeigt, daß die Massen auch aus dem kleinbürgerlichen Lager sich von der Bürgerblockpolitik und der um nichts besser stehenden sozialdemokratischen trennen und sich zur roten Einheitsfront zusammenschließen.

122 neue Kämpfer gegen Faschismus und Polizei, „sozialismus“

Leipzig, 18. Juni. (Eig. Bericht.) Die Polizei des „linken“ Sozialfaschisten Meißner machte am Montag Streikzüge durch das Seeburgviertel und verhaftete 2 Arbeiter, die am Sonntag in Entzira bei dem Heberfall durch die Hitlerhandeln verhaftet wurden. Einer von Meißners Beamten verkehrte die faschistischen Mordhelfer durch die zynische Bemerkung:

„Das geschieht euch ganz recht. Das Loch im Kopfe hätte noch viel größer sein müssen.“

Dieses Bündnis der Polizei des „linken“ SPD-Führers Meißner mit den Mordhelfern Kufschmann hat eine ungeheure Empörung bei den Leipziger Arbeitern hervorgerufen. In einer überfüllten Massenkundgebung der SPD, melbten sich 122 neue Kämpfer für die revolutionären Organisationen.

Antwort der Genoffin Reefe an die Wahlwähler

Die SPD gibt ein Flugblatt heraus mit dem Titel: „Wer hat uns verraten?“

Diese Flugblatt ist eine einzige Beleidigung der Arbeiterschaft, weil man von ihr erwartet, daß sie nicht fähig ist, verlogene Behauptungen nachzuprüfen. Die SPD will verstoßen machen, daß sie die Richtlinien für die Brüning-Regierung gegeben hat. Als der Sozialdemokrat Paul Herz im Reichstag eine „Oppositionsrede“ gegen den Finanzetat der Brüning-Regierung hielt, fehlte in der SPD-Presse die Antwort: „Was denhausers, der sagte:

„Ich begehre, Herr Herz, daß es der Sozialdemokratie peinlich ist, in Opposition zu stehen. Aber was wollen Sie denn? Ich führe doch nur die Kaffträge durch, die mir Ihr Herrmann-Müller-Kabinett aufgetragen hat.“

Das Herrmann-Müller-Kabinett hat weiter die Jolle des Bürgerblocks verdoppelt, so daß Minister Dietrich sagen durfte: „Wer hätte vor ein paar Jahren geglaubt, daß es je sein würde, solche Jolle durchzuführen?“

Antrag Nr. 1782 als erster unterzeichnet von Dr. Breitwiesch, verlangte die Herausziehung des Weizenjolls am 12. März.

Er erklart sich nicht des Wohlplafates der SPD von 1928, das eine Arbeiterfrau mit ihren hungernden Kindern nach einem Kaffortz langen lieg, den der Bürgerblock in unerreichbare Höhe jagt? Darunter stand „Wählt SPD“. Resultat: Erhöhung des Roggen- und Weizenjolls mit der SPD. Da wir 4 Millionen Tonnen Roggen zu viel in Deutschland haben, erhöhte das Herrmann-Müller-Kabinett außerdem die Ausfuhrprämie für 1 Tonne Roggen für die „armen“ Großgüterler von 60 Mark auf 90 Mark.

Das Herrmann-Müller-Kabinett setzte die 40 Millionen mehr für den Seereserat für 1930 ein.

Um den Weizen zu erhöhen zu können, wies die sozialdemokratische „Realpolitik“ auch sofort nach, woher das Geld dafür genommen werden kann. Im Einzelplan 7 zu Nr. 45, Haushalt des Reichsarbeitsministeriums für das Rechnungsjahr 1930, der schon zur Zeit der Herrmann-Müller-Regierung an den Reichstag ging, für den also der Sozialdemokrat Willeff die alleinige Verantwortung trägt, ist im Vorwort wörtlich folgendes zu lesen:

„Die Jollmittel für Zwecke der Invalidenversicherung sind unter Hinausschiebung des Wegfalltermins für den Versuch bis zum 31. März 1930 von 40 Millionen RM auf 20 Millionen gekürzt worden.“

„Der Reichszuschuß zur Familienwochenhilfe ist von 32 Millionen Mark auf 15 Millionen gekürzt worden.“

Kein bürgerlicher Politiker, nur betrogene sozialdemokratische Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen noch die „Opposition“ der Sozialdemokratie ernst.

Ein Stimmt: wenn die Bourgeoisie mit der Sozialdemokratie verhandelt, macht sie immer gute Geschäfte.

Die abgeleiteten Lügen der SPD über Russland werden schon allein widerlegt durch die Berichte der Kapitalistenpresse. Die SPD kämpft allerdings nicht mit dem „König der Barbaren“ gegen die Ausbeuter, für den Sozialismus. Dafür aber um nachhaltiger gegen das revolutionäre Proletariat mit Republikanschutzes, Demonstrationen über den Hungernden, Gummistückelstücken und Waffengewalt.

Berufung bei den Nazis

Eine ganze Ortsgruppe aufgelöst

Die Mitglieder der nationalsozialistischen Ortsgruppe Köpfingen in Baden weigerten sich, ihre Beiträge an die Organisation weiterhin abzuführen. Sie wurde daraufhin von der Parteileitung aufgelöst.

Berichtigung. Weßner hat uns der Druckfehler einer linken Seite gemeldet in der Politik: „So war das die euch.“ Es muß selbstverständlich heißen: „Nur das die SPD Arbeiter in die alte nationalsozialistische Front einzugreifen begannen, soll die gleichzeitige Hebe gegen Faschismus und Sozialismus die sich bildende Einheitsfront verhindern.“

Heute Freidenterfundgebung für die Liste 3

Genosse Maslowitz M. d. R. spricht 20 Uhr in Hammers Hotel gegen Faschismus und Kulturreaktion

Heute abend spricht Genosse Peter Maslowitz in einer Freidenterwahlversammlung in Hammers Hotel, Striesen. In der Versammlung, die 20 Uhr beginnt, wird sich Genosse Maslowitz sehr eingehend mit den im folgenden Artikel angeführten Fragen beschäftigen. Wir hoffen, daß der Artikel für unsere Leser Anlaß sein wird, sich an der Versammlung zu beteiligen, um das Thema ausführlicher behandeln zu können. Die Redaktion.

Die Führer der sächsischen SPD überlagern sich fast nur Radikalisierung, wenn sie in ihren angeblich demokratischen Wahlversammlungen und in ihrer Presse auf den Faschismus und die Kulturreaktion zu sprechen kommen. Sie rechnen damit, daß die sächsischen Arbeiter nicht so gut orientiert sind darüber.

Welchen Anteil auch die sächsischen „Linken“ im Reichsmittelstand an der Wegbahnung des Faschismus und an dem Vorbringen der Kulturreaktion haben.

Die Verführung der sozialdemokratischen Arbeiterpolitik durch die „Linken“ um so eher, als die sächsischen SPD-Führer, allen voran die Leipziger Weltzeitung und besonders auch das Organ der „Linken“, der „Klassenkampf“, heute eine solche Kritik an den sozialdemokratischen und kulturreaktionären Vorgehen, wie z. B. dem Republikanischen und dem Antifaschistischen, die beide von Gewerkschaften vorgelegt worden sind, geübt haben, daß mancher sozialdemokratische Arbeiter die Meinung erhalten konnte, seine „linken“ Parteiführer hätten dementsprechend auch gegen alle diese Terrororgane gekämpft und sogar im Reichstag dagegen gestimmt.

Laßen wir darum die Tatsachen sprechen.

Dem Republikanischen, das nach Postfall des besagten Reichstages erst recht das ausgeprägte Terrororgan gegen links ist, haben alle „Linken“ im Reichstag zugestimmt. Zwar schrieb noch „Klassenkampf“ vom 15. 10. 1929, den Reichstagsparagrafen als „überflüssig anzusehen, vermag nur politische Verblendung“, aber die „Linken“ waren „politisch verblendet“ genug, bei dem kommunistischen Antrag auf Wiederherstellung des Reichstagesparagrafen ihnen zu bleiben. In diesem selben Organ, das von Sandewitz und Genscher herausgegeben wird, stellt „Klassenkampf“ in bezug auf die Zustimmung über die „geheimen und staatsfeindlichen Verbindungen“ fest, daß hier der „berühmte kommunistische Paragraf“ vorliegt. Er lautet fort:

„Heute würde der Gesetzgeber, der eine solche Bestimmung abtunlich verabschiedete, allein verantwortlich sein für die Handhabung des Gesetzes.“

Verantwortlich auch, so setzen wir fort, für die Handhabung durch — den Wehrbeauftragten in Thüringen, der ja bezeichnetlich als erster das von der SPD geführte Terrororgan gegen die kommunistische Presse angewandt hat und dann sogar an das Verbot einer SPD-Zeitung heranging. Das radikale „linke“ Geschrei über den Thüringischen Antifaschismus ist darum besonders verächtlich. Die „Linken“ sind es ja nicht gewesen, die durch ihre Zustimmung zum Gewerkschaftlichen Antifaschistischen Artikel die Waffe gegen die Arbeiter in die Hand gebracht haben!

Wenn dann die „Linken“ sich heute entrufen über die antilegitimistischen Schulgebete Friede und keine Theaterjournen gegen Weisner — wer hat sich denn mit daran beteiligt, der Kulturreaktion die Mittel zu ihrem Vorbringen zu bewilligen?

Im Strafrechtsauschuß des Reichstages ist erst vor drei Wochen ein von der Deutschen Volkspartei beantragter Gotteslästerungsparagraf mit den Stimmen aller Sozialdemokraten, auch der „Linken“, angenommen worden.

Durch soll eine Verlesung der Religionsgesellschaften mit einer Strafe bis zu zwei Jahren geahndet werden. Im Fiskusauschuß helfen die Anna Stenzen, Dietrich, Löwenthein, und wie die „Linken“ sonst noch alle heißen müssen, den kommunistischen Antrag auf grundsätzliche Verlesung jeder Religion niederzukommen. Sie beharren sich, um ihre kulturreaktionäre Rolle und die Unbedenklichkeit ihres Parteigenossen Gewerkschaft an der Antifaschistischen zu verfechten, damit, nur die „Zurückziehung der Kasse“ zu beantragen, sie waren also für die Aufrechterhaltung des Disziplinargesetzes vom Jahre 1920. Aufsersticht haben „linke“ wie rechte Sozialdemokraten ihre Stimme auch ab für die Summen zur Durchführung der Antifaschisten, als die Kommunisten bei der Beratung des Jahres, statt die Einziehung der Gelder für die Filmprüfstellen beantragten. Im Hauptauschuß erobert sich

eine Einheitsfront von den Reichsnationalen bis zu den „Linken“, um folgende kommunistischen Anträge niederzuschicken:

Die Trennung der Kirche vom Staat, das Verbot des Religionsunterrichts in den Schulen, die Aufhebung des preußischen und bayerischen Konfessions, die Verlesung des Gotteslästerungs-

paragrafen, die Rückgängigmachung der Verfügungen sozialistischer Schüler, die z. B. in Dresden erfolgt sind, und andere grundsätzliche Freidenterforderungen mehr.

Besonders charakteristisch ist folgende Tatsache aus dem Hauptauschuß: Im selben Augenblick, wo die bürgerlichen Parteien die Summe für die sogenannten „kulturell-gemeinnützigen Organisationen“, d. h. Herkule Vereine, von einer Viertel oder einer halben Million erhöht, beantragten die Kommunisten, auch 350 000 Mark für die Freidenterorganisationen zu bewilligen. Und was geschah? Diejenigen Sozialdemokraten, rechte wie „linke“, die den Freidentern die Körperkassenrechte versprochen haben, stimmten dem Antrag zusammen mit den bürgerlichen Parteien nieder und bewiesen dadurch, daß es ihnen nicht um wirkliche Rechte der Freidenter zu tun ist, sondern nur darum

die sozialdemokratischen Freidenter durch das Gerede von den Körperkassenrechten konformwillig zu machen.

Schließlich sei auch ein ungeheurerlicher Fall aus dem Geschäftsausschuß des Reichstages mitgeteilt, wo der „linke“ Saupre für die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Klippinger gestimmt hat, weil dieser vom Klippingergericht wegen Gotteslästerung angeklagt war. (!!!)

Besonders arbeiterfeindlich war das Verhalten der „Linken“ bei der Festsitzfrage. Gemeinam mit den Rechten stimmten sie erst vor drei Wochen die kommunistischen Anträge auf eine Umneuerung aller proletarischen politischen Gefangenen nieder. (!!!)

Wer wollte nach solchen dokumentarischen Tatsachen aus dem Reichstag daran zweifeln, daß die sächsischen „Linken“ auch dem in Sachsen bereits vorliegenden Konfessions, das der Kirche eine jährliche Rente von 6 1/2 Millionen und dazu eine einmalige Preisbegabe von 2 Millionen zusichert, zustimmen werden! Um so sicherer wird das geschehen, wenn diese „Linken“ in eine kommende Koalitionsgesetzgebung hineingehen werden.

Der Kampf gegen den Faschismus und die Kulturreaktion, die beide nur zwei Seiten ein und derselben Medaille sind, ist nur möglich, wenn man den „Linken“ ihr betrügerisches Handwerk legt und die kommunistische Partei in ihrem grundsätzlichen Kampf gegen die politische wie kulturelle Reaktion unterstützt. Daraus ergibt sich für alle Arbeiter, die den Kulturfortschritt wollen, die Konsequenz, am 22. Juni die Liste 3 der Kommunisten zu wählen.

Verstärkt eure Arbeit, Kommunisten!

Kreidet die Schandtaten der Klassenfeinde an!

Mobilisiert die Massen der sächsischen Werttätigen für den Sieg der Liste 3!

Die „Arbeiterstimme“ hat in den letzten Tagen viele Beispiele guter bolschewistischer Massenpropaganda veröffentlicht. Aber es kann nicht unsere Aufgabe als Kommunisten sein, im Wahlkampf nur die guten Seiten und die Vorzüge anderer Massenpropaganda festzustellen, wir müssen vielmehr auch zeigen, wo

Schwache Punkte in unserer Arbeit

der Massenmobilisation der Liste 3 sind! Noch viel zu wenig ist zum Beispiel in den Dresdner Straßen das Charakteristikum kommunistischer Werksarbeit für die Liste 3. Es ist schon gearbeitet worden, aber noch lange nicht genug. Die neuen Methoden sind noch nicht Gemeingut aller Parteigenossen geworden, werden vielmehr nur von einer, wenn auch gewichtigen Anzahl von Funktionären angewandt. Da ist zum Beispiel das Beschriften von Mauern mit Kreiden.

In Striesen haben einige Genossen mit dieser neuen Methode gut gearbeitet. Anlaß hierzu zum Beispiel die Zwangsarbeiter auf folgende Weise, die ihnen in Kreidbuchstaben vom Leereschlag des Fuhrweges vom Fabrikseingang entgegenlautet: „Halt! Nicht vergessen! Am 22. Juni wird Liste 3 gewählt!“

Das Pfaster vor Kaufhäusern

In denen Arbeiterfrauen ihre Einkäufe erledigen, ist wieder mit einer anderen Kreidmethode versehen. Es heißt da z. B.: „Arbeiterfrauen! SPD-Hilfsring verteuert das Brot! Deshalb müßt ihr KPD-Liste 3 wählen!“ Und so geht das Ankreiden der Schandtaten der Klassenfeinde weiter. Aber leider nur in einigen Verwaltungsbereichen. Dieser Mangel muß behoben werden. Die letzten Tage vor der Wahl müssen ausgenutzt werden, um Veräurtes nachzuholen. Jetzt heißt es für alle Parteigenossen, aktiv um die Liste 3 mit politischen Forderungen zu propagieren.

Beachtet die vorstehenden Hinweise!

Auch die Landgruppen der Partei müssen zu dieser Art der Propaganda greifen. Unter Klebenmaterial wird von den Gegnern leichter von der Wand gelöst und beiseite, als eine Inschrift in Kreide oder gar in Gelb- oder Leuchtfarbe! Die letzten Tage müssen eine verstärkte Arbeit unserer Genossen und der Sympathisierenden zeigen. Erst dann wird unsere Parole verwirklicht:

Das rote Sachsen im Lager der Kommunisten!

Dresdner Polizeiskandal!

Rübn rüstet Stahlhelmer mit Revolvern aus!

Die Faschisten dürfen Arbeiter auf offener Straße mit ihren Mordwaffen bedrohen

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Ein gewisser Huhn in Lößnitz, Stahlhelmer, ist scharfer Gegner der KPD. Er erklärt, daß sein Sohn vor einiger Zeit „von Kommunisten überfallen worden“ sei. Nun sieht auch er sich „bedroht“. Er ist schon einige Male „angepöbeln worden“. Der invidiose Fall: durch bürgerliche Presseberichte ist er, trotzdem er 100 Prozent triegelschädigt ist, rechts gerichtet. Die Sache wirkte sich aus. Er beantragt einen Waffenschein, der auch bewilligt wird. Am 11. Juni holte er ihn ab. Da wird ihm von der politischen Polizei, nach seiner Auslage, empfohlen, sofort von „der Waffe Gebrauch zu machen, wenn er es für nötig finden sollte“.

Dieser Fall ist beschönigend. Die Polizei des Herrn Rübn drückt einem durch Kriegsverbrechen hochgradig verdächtigem, geritztem Stahlhelmmann den Revolver in die Hand. Ein Revolver gehört nicht in die Hand eines an Verfolgungsphantomen

leidenden Kriegsschädigten! Obwohl sein Zustand der Polizei bekannt sein muß! Es pallierte denn auch bald ein Verfall (11. Juni) auf der Bernauer Straße. Dort wurde Huhn von einem Arbeiter angegriffen. Vielleicht wegen seines Stahlhelmschutzes. Darauf stellt Huhn den Arbeiter zur Rede: „Sie brauchen nicht zu lachen! Wir lachen auch nicht! Wir werden es auch schon begreiflich machen!“ Antwort des Arbeiters: „Was wollen Sie von mir? Gegen Sie ihrer Wege!“ Daraufhin ging Huhn über die Straße, zog den Revolver und sagte: „Kommen Sie näher, wenn Sie was wollen!“ Der Arbeiter wollte wegen dieses Wortes die Verurteilung des Huhn feststellen und begab sich zu diesem Zwecke in das Zigarrenspeicher von Günther, wo sich Huhn aufhielt. Er fragte den Huhn, weshalb er ihn mit der Waffe bedroht habe. Sofort griff Huhn zu seinem Stod, legte diesen daneben, während der Arbeiter mit dem Geschäftsinhaber sprach, wieder weg. In seine Waffe und schlug diese auf den Arbeiter an. Der Arbeiter machte Anzeige, worauf die Waffe endlich beschlagnahmt wurde.

Anmerkung der Redaktion. Die vorstehende Arbeiterkorrespondenz kennzeichnet einen Skandal, einen Plan gegen die Arbeiter! Rede zu legen ist überflüssig. Mögen die Arbeiter am Sonntag an der Wahlurne an die Praktiken der Dresdner Polizei denken!

Die Antifa ruft:

Grobert das flache Land für die KPD!

(Arbeiterkorrespondenz)

Dies war die Bezote, unter der am Sonntag der rote Landsonntag von der Antifa durchgeführt wurde. Da die Verteilung von Neuland es unterlassen hatte, die Zellen auf die Landbauarbeiten einzustellen, wurde das Neuländer Patenschaftsgebiet bearbeitet. Sonntag früh fuhrten 10 Kameraden mit dem Auto los. Es wurden die Orte Kollersdorf, Wärsdorf, Wärsdorf, Kollersdorf und Wärsdorf bearbeitet.

Mangelte wurden 229 KPD, 24 Arbeiterstimmen, 45 Bauernbrotscheiben und Zeitungen.

Selbstverständlich wurden überall auch Flugblätter verteilt. Wenn dieses Ergebnis auch noch besser hätte sein können, ist es doch ein Erfolg in Anbetracht der kurzen Zeit, die uns zur Verfügung stand. Ein weiterer erschwerender Faktor war, daß die meisten Kameraden der Antifa natürlich mit den landlichen Fragen nicht so vertraut waren und deshalb nicht immer den richtigen Anlaufpunkt fanden.

Über trotz allem können wir zufrieden sein und nur wünschen, daß in Zukunft mehr Gewicht auf die Bearbeitung des flachen Landes gelegt wird. Festgestellt muß werden, daß auf dem Lande noch gar manche mit uns sympathisierenden, die bei zielbewusster und planmäßiger Arbeit für die revolutionäre Bewegung zu gewinnen sind. Auch wurde uns gar häufig entgegengehalten: „Nun ja, es mag ganz richtig sein, was ihr wollt, aber ihr laßt euch ja auch nur wie die anderen Parteien sehen, weil ihr Wahlstimmen braucht!“ Also, Neuländer Genossen bessere und regelmäßige Patenschaftsarbeit!

Rad- und Motorradfahrer

Stellen zur Radfahrer-Demonstration Freitag, den 20. 6., 16.30 Uhr am Paradiesbühl-Columbusstraße.

Die Urfo-Ausstellung: Soziale Tatsachen

in den Räumen der Internationalen Arbeiterhilfe, Am Popplitz 18, ist täglich geöffnet von 15 bis 20 Uhr. Der Eintritt beträgt 20 Pf. Sozialrentner und Erwerbslose zahlen nur 10 Pf. Am Donnerstag dem 19. Juni erläutert Gen. Dr. Ernst Kuhn das Ausstellungsmaterial und spricht über das Wesen bürgerlicher und proletarischer Sozialpolitik.

Achtung, Arbeiterkorrespondenten!

Wie zum Sonntag finden eine Unmenge Verlesungen statt, über die ausführlich zu berichten wir nicht in der Lage sind. Berichte müssen kurz sein. 10 Zeilen informieren besser als langatmige Protokolle. Nach der Wahl können Verlesungsberichte nicht mehr abgedruckt werden. D. Red.

Von früh 8 bis abends 5 Uhr wird am nächsten Sonntag die Liste 3, die KPD gewählt!

Erlebnisse mit der Sammelliste

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Große Freude erlebte ich heute beim Sammeln für die kommunistische Partei. Als ich ins erste Haus gekommen bin, hat mich ein Arbeiter, am Sonntag wiederzukommen, da er kein Geld hätte. Er erklärte mir, daß er von unserer Partei eine Zeitschrift abgeworfen war und zu den Brandverleumdern gehalten hätte. Er ist aber jetzt enttäuscht von der Taktik dieser Renegaten. Er hat sich überzeugt, daß sie für die Arbeiterbewegung nutzlos und nichtig sind und will jetzt unsere Partei verlassen. Ich habe mich aufzunehmen. In einer anderen Wohnung war nur die Frau zu Hause. Sie hat auf unsere Liste 1 Mark geschenkt und sagte zu mir, sie und ihr Mann sind 9 Jahre in der SPD organisiert. „Ihre Parteiführer tägen aber bereit“ (wenn der Kaffee von der SPD kommen sollte). Sie wollten die Bücher zurückgeben. Sie haben genug von diesem Betrug. Sie wollen alle beide in die kommunistische Partei. So, sie seien zur Sowjetunion und erwarten nun von der KPD eine endgültige Lösung. Sie glauben den Schwänbel der SPD vom sogenannten Lumpenproletariat in der KPD nicht mehr. Alle Arbeiter seien für den Kampf mit der Bourgeoisie gegen das Elend und die Erwerbslosigkeit wichtig. Auch an anderen Tischen fand ich Sympathie und Vertrauen zu unserer Partei. Frauen und Männer haben freudig über unsere Mittel mit uns geteilt, sie wollen unseren Interessen, aber wichtigen Kampf unterstützen. Unsere Idee wird ihnen — langsam, aber sicher erobert mir die Sinne und Herzen des Proletariats, um dann mit verdächtigten Kräften und ein in den letzten Kampf zum Sieg der proletarischen Revolution zu führen.

Jugend voran!

Donnerstag, 19 Uhr, sprechen Gen. Konrad Blienke und Gen. Grete Groh, Landtagskandidat in der Jungarbeiter in Keglerheim, Friedrichstr., in einer

Jugendwahlkundgebung für Liste 3!

Erst Arbeiter ansprechen und dann

National-, sozialistische "Gynschjustiz"

Ein brutaler Überfall auf die Schmiedeberger Arbeiterkass

(Von unserer Schmiedeberger H-N-Arbeiterkorrespondenten)

Schmiedeberg. Am Sonntag dem 18. Juni 1933 hatten es sich die Nazis auch zur Aufgabe gemacht, anderen Ort Schmiedeberg mit ihren Propagandaautos zu durchfahren...

Auf Grund dieser Propaganda verteidigte sich der eine Arbeiter dadurch, daß er einen Stein nach dem Auto warf...

Am Schluß dieser Attacke wurde der Arbeiter noch mehrere Male geschlagen und dann zur Polizei geschleift...

Das nennt sich

"Nationalsozialistische Arbeiterpartei"

Aber damit noch nicht genug. Unterwegs war ein größerer Menschenauflauf gemeldet. Die Nazis, brutal und frech, sperren die Jungensstraße für einen ganzen Ortsteil ab...

Wies ist politisch aufgenommen, mit werden genau beobachtet, welchen Ausgang dieser Vorfall nimmt und die Lehren daraus ziehen...

Ein Reinfall der Nazis

Brand-Erbisdorf. Am 11. 6. veranstalteten die Hakenkreuzler in Brand-Erbisdorf eine öffentliche Wählerversammlung.

Die Tat einer Kleinbürgerin:

Das Kind in die Abortgrube geworfen

Eine erwerbslose Arbeiterin sollte die Tat der anderen ausbaden!

(Arbeiterkorrespondenz)

Kleinmachnow. Freitag, den 18. Juni, nachmittags, hörte der Gärtnereier Feder, Meukliner Straße 87, in der Abortgrube eines Grundstücks...

den Säugling dem schlaftrunkenen Element entziehen hatte. Wer konnte der Täter sein? Es lautete der Verdacht auf, daß verhaftet werden...

Das Verhör durch drei Polizeibeamte begann in ziemlich komischer Form, als der auf einem Kissen genetzte Komplexion...

Das Martyrium einer nichtsehenden, kranken Frau las. Durch vier Stunden langes Fragen der Kriminalbeamten...

in der der Hamburger Rajiführer Kaufmann sprach. In der üblichen heuchlerischen und verlogenen Art beiproch der Rajite...

In Freital feige gemiffen

Glänzende Demonstration gegen die braune Pest, für Liste 3

Die Nazis hatten am Montag zu einer öffentlichen Versammlung im Döhlemer Hof, Freital, aufgerufen...

Die SPD hatte zu einer Demonstration gegen die Nazis aufgerufen, die zu einer wichtigen Kundgebung für die Liste 3 wurde...

Wahlberclammlungen der SPD im UB Freital

- 19. Juni in Cönnamndorf, um 19.30 Uhr in Pafflers Gathhof Referent Ottomar Geißler, W. d. R., Berlin.
20. Juni in Burgwih, um 20 Uhr in Federico Gathhof, Referent Redakteur Knack, Dresden.
21. Juni in Ruppendorf, um 20 Uhr in Schneiders Gathhof, Ref. Stabierordnete Luise Klfauger, Freital.
22. Juni in Braunsdorf, um 20 Uhr im Nickeren Gathhof, Ref.: Preuss. Landtagsabgeordneter Krallien.
23. Juni in Tharandt, um 20 Uhr im Deutschen Haus, Referent Otto Schön, Freital.
24. Juni in Grund, um 20 Uhr im Gathhof Grund, Ref.: Landtagsabgeordnete Helene Glaser, Dresden.

Hermann Remmele, MdR, Berlin

spricht am Mittwoch, dem 18. Juni, 19.30 Uhr in Krilles Gathhof, Freital-Döhlen, dem Arbeiter, erscheint alle. Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Eintritt.

im UB Radeberg

Donnerstag, 19. Juni:

- Bretzig: Ref. Altm. Ref.: Doerhagen.
Bühlowerda: Ref. Souw. Ref.: Grete Krichm.
Schönhorn: Gathhof Ref.: Widenitz.
Stohe: Gathhof Ref.: Barthel.
Schmepzig: Gathhof Ref.: Audinle.
Thorn: 19 Uhr Gathhof, Ref.: Hammet.
Radeberg: Judaholds Gathhof, Ref.: Genuin Groß.
Vonnitz: Volsheim, Ref.: M. Schneider.
Freitag, 20. Juni:
Ottendorf: Restaurant Dirsch, Ref.: M. Schneider.
Großröhndorf: Mitterer Gathhof, Ref.: Gruner.
Rauhnitz: Erdgericht, Ref.: Widenitz.
Sonntag, 21. Juni:
Kleinröhndorf: Ref. Hoem. Ref.: Schneider.
Veppersdorf: Enolds Gathhof, Ref.: Kunath.
Vongedrück: Bahnhofshtel, Ref.: O. Körner.
Elstra: Schützenhaus, Ref.: Gen. Audinle.
Gerndorf-Bühheim: Gathhof, Ref. Gen. Hummel.

Freitaler Arbeiter und Arbeiterinnen!

Heraus zur Wahldemonstration am Sonnabend, dem 21. Juni! Startplatz: 17 Uhr Oberplatz, Freital, Transparente und Fahnen mit. Sportler, Freidenter, Rentner, Kriegsstrümpel, Frauen, JFS, Jungkommunisten, demonstrieren für den Sieg der Liste 3!

Freital. Bekanntgabe der Wahlergebnisse erfolgt am Sonntag, dem 22. Juni, ab 19 Uhr bei Gebäud durchs Radio. Alle Arbeiterinnen und Arbeiter kommen her...

Die Reformisten im Freidenterverband schließen weiter aus

(Arbeiterkorrespondenz)

Freital. Vor kurzer Zeit berichteten wir bereits, daß 11 Freidentergruppen aus Freital aus dem Verband ausgeschlossen wurden...

Von der Hochzeit zur Arbeit geholt

(Arbeiterkorrespondenz)

Freital. Einen seltenen Fall von Schifane schätzte sich Betriebsleiter Seifert bei der Firma Siemens & W. Pöhl, L. w. Am Pfingstsonnabend war der Glaspreier Bogt wegen...

Brandlerianer als Polizeiagenten

war eine Arbeiterkorrespondenz in unserer Montagsausgabe übertrieben, in der sich ein Arbeiterkorrespondenz über die verbotene...

Die Monatsabrechnung muß herein!

Morgen veröffentlichen wir die größeren Ortsgruppen, die noch nicht abgerechnet haben. W. V. Abt. Kasse.

Die Monatsabrechnung muß herein!

Morgen veröffentlichen wir die größeren Ortsgruppen, die noch nicht abgerechnet haben. W. V. Abt. Kasse.

Die Monatsabrechnung muß herein!

Morgen veröffentlichen wir die größeren Ortsgruppen, die noch nicht abgerechnet haben. W. V. Abt. Kasse.

Die Monatsabrechnung muß herein!

Morgen veröffentlichen wir die größeren Ortsgruppen, die noch nicht abgerechnet haben. W. V. Abt. Kasse.

Die Monatsabrechnung muß herein!

Morgen veröffentlichen wir die größeren Ortsgruppen, die noch nicht abgerechnet haben. W. V. Abt. Kasse.

Die Monatsabrechnung muß herein!

Morgen veröffentlichen wir die größeren Ortsgruppen, die noch nicht abgerechnet haben. W. V. Abt. Kasse.

Die Monatsabrechnung muß herein!

Morgen veröffentlichen wir die größeren Ortsgruppen, die noch nicht abgerechnet haben. W. V. Abt. Kasse.

Die Monatsabrechnung muß herein!

Morgen veröffentlichen wir die größeren Ortsgruppen, die noch nicht abgerechnet haben. W. V. Abt. Kasse.

Sozialdemokratischer Stimmenfang durch

Kostenlose Ausfahrt ins Grüne

Die Textilarbeiter antworten der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie durch Wahl der Liste 3!

(Arbeiterkorrespondenz)

Witten. Der Textilarbeiterverband, Zahlstelle Kirchen, veranstaltete am 18. Juni einen Ausflug nach dem Osnin. Die Fahrt wurde per Lokauto gemacht...

In einer Zeit, wo Millionen auf der Straße liegen, hat man Geld für Vergnügungsfahrten. In einer Zeit, wo das Unternehmertum immer brutaler die Löhne herabsetzt...

Bei jedem Streit, den die Arbeiter selbständig organisieren, wird man den Gewerkschaftsbürokraten erklärt: "Es ist kein Geld da, um Streik zu leisten..."

Seit längerer Zeit wird in jeder Streik als "wild" erklärt. Aus der maltere Verschlechterung der wachen schon miserablen Lage...

Witten. Die SPD hielt am Sonnabend dem 14. Juni eine Wählerversammlung ab. Erschienen waren etwa 30 Mann...

Witten. Die SPD hielt am Sonnabend dem 14. Juni eine Wählerversammlung ab. Erschienen waren etwa 30 Mann...

Witten. Die SPD hielt am Sonnabend dem 14. Juni eine Wählerversammlung ab. Erschienen waren etwa 30 Mann...

Witten. Die SPD hielt am Sonnabend dem 14. Juni eine Wählerversammlung ab. Erschienen waren etwa 30 Mann...

Witten. Die SPD hielt am Sonnabend dem 14. Juni eine Wählerversammlung ab. Erschienen waren etwa 30 Mann...

Witten. Die SPD hielt am Sonnabend dem 14. Juni eine Wählerversammlung ab. Erschienen waren etwa 30 Mann...

Witten. Die SPD hielt am Sonnabend dem 14. Juni eine Wählerversammlung ab. Erschienen waren etwa 30 Mann...

Witten. Die SPD hielt am Sonnabend dem 14. Juni eine Wählerversammlung ab. Erschienen waren etwa 30 Mann...

Witten. Die SPD hielt am Sonnabend dem 14. Juni eine Wählerversammlung ab. Erschienen waren etwa 30 Mann...

Witten. Die SPD hielt am Sonnabend dem 14. Juni eine Wählerversammlung ab. Erschienen waren etwa 30 Mann...

Neuer Abbau von Reichsbahnarbeitern

Zämmerliches Verhalten der Gewerkschaften / Revolutionäre Gewerkschaftsopposition ruft zum Kampf! / Gebt die Antwort durch Wahl der Liste 3!

Zu den vor einigen Tagen gemeldeten Entlassungen von 4000 Eisenbahnern, die die Dopfmüller-Verwaltung vornehmen will, kommen jetzt neue alarmierende Nachrichten. Außer der Schließung der Reichsbahnwerkstätte Dortmund, durch die 340 Arbeiter zur Entlassung kommen, plant die Werkstättendirektion Köln zum gleichen Termin (am 1. August) in Schwerte 270, in Mülheim-Speldorf 303, in Jülich 200 und in Trier 280 Eisenbahnarbeiter aufzulassen zu lassen.

Nach dem Bekanntwerden des neuen Massenabbaues von Eisenbahnarbeitern im Opperler Gebiet bezog der Betriebsrat des Reichsbahnausbesserungswerkes Opperl, der unter Führung der RGO steht, eine Sitzung ein, die gegen die Entlassungen Stellung nehmen sollte. Der Betriebsrat der Reichsbahndirektion Breslau und Opperl, sowie die Betriebsräte der Eisenbahnwerkstätten von Schleien und Oberschleien waren ebenfalls dazu geladen, um gemeinsame Aktionen zu beschließen. Die reformistischen Betriebsräte lehnten jedoch auf Befehl der Gewerkschaftsbüros eine Teilnahme an der Sitzung ab. Trotz dieser Sabotage und dem offenen Verrat zeigten die oppositionellen Betriebsräte den Eisenbahnern den einzig richtigen Weg. Sie wendeten sich in einem Aufruf an alle Eisenbahner Schleiens mit der Aufforderung, für die Forderungen der RGO zu kämpfen und den Kampfwillen durch geschlossene Demonstrationen der Belegschaften in den nächsten Tagen zum Ausdruck zu bringen.

(Eisenbahnerkorrespondenz)

Während des Betriebsratwahlkampfes versuchten die reformistischen Spitzköpfe des Einheitsverbandes die Lüge an Stelle von nackten Tatsachen zu setzen. Die geradezu Schlag auf Schlag einkehrenden Berichtsergebnisse der Lohn- und Arbeitsbedingungen, ergänzt durch ortsweises Abbau der Eisenbahner (einmal Betriebs- das andere Mal Werkstättenleute) liegen aber doch den Zuhörern des wahren Berichtes der Gewerkschaftsführung immer mehr erkennen. Im Auswahlschritt 4 (Reichsbahndirektion, Dresden) haben dann auch die Wähler in beachtlicher Erkenntnis der Dinge mit einer klaren politischen Einstellung im verhängnisvollen Maße die Stimme den Vertretern der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegeben. Die Opposition bekam einen weiteren Vertreter in den Betriebsrat (jetzt 2 Vertreter), die Reformisten verloren einen Sitz. In Stimmen verloren die Reformisten annähernd 3000, die Opposition gewann gegenüber dem Vorjahre 600 Stimmen. Das ist aber nicht das Entscheidende. — vielmehr bedeutet es, daß im ausgedehnten Bezirk wertvolle Stützpunkte der revolutionären Bewegung geschaffen wurden. Durch den grundsätzlichen Kampf um die Forderungen der Opposition trat in Erscheinung, daß von unzähligen Dinstellen Anträgen kamen und Unterstützung gewährt wurden. Mitarbeiter stellten sich überall zur Verfügung. Das ist ein solch politischer Erfolg, wie er nicht hoch genug zu bewerten ist.

Wir lobten die Wahlmoral der Reformisten richtig ein, und es ist unerschrocken, daß unzählige Vorkämpfe mit Abzicht der Stimmenscheidung gemacht worden sind. Ein drittes Monatsheft gehört zweifellos noch der Opposition.

Alles das sei vorausgeschickt, um die Stimmung der Eisenbahner zu beleuchten — die langsam erkennen, wohin sie gehören.

Die unerhörten Maßnahmen der Reichsbahn beim Personalabbau finden die tätige Mithilfe der Gewerkschaften und der reformistischen Haupt- und Betriebsräte.

Die erste Sitzung des Betriebsrates bei der Reichsbahndirektion Dresden war dafür lebendiger Beweis. Erst verzögerte man die Opposition zum Bericht des Betriebsratvorstandes das Wort. Man war so schuldlos, daß man nicht einmal die bisher noch gehandhabten „demokratischen“ Regeln gelten ließ. Die Opposition war demzufolge gezwungen, ihre Meinung zu den unheimlichen Wählbeschlüssen schriftlich dem Wahlvorstand zu überreichen.

Über es kam noch schlimmer!

Die Vertreter der Opposition verlangten in eine Beratung über die Personalabbaumaßnahmen einzutreten. Da die Reichsbahn einen Vertreter zu dieser Sitzung gelandt hatte, war es unbedingt notwendig, daß die Betriebsratvorstandsmitglieder einmütig einer solchen Aussprache beipflichtet hätte.

Der Vorstehende Jauchte über den Antrag der Opposition ab. Sämtliche Betriebsräte des Einheitsverbandes (RGO) und der eine Betriebsrat der Reichsbahndirektion (RGO) und der eine Betriebsrat der Reichsbahndirektion (RGO) und der eine Betriebsrat der Reichsbahndirektion (RGO) stimmten geschlossen dagegen.

Die Reformisten hatten alle Ursache einer Aussprache auszuweichen, denn zwei Tage vor der Wahl hatte man mit der Reichsbahndirektion einen neuen Personalabbau gemeinsam beschlossen. Die Verfügung war am 10. Mai gedruckt — kam aber erst nach der Wahl heraus.

Erneut stehen die Eisenbahner vor der grauenhaften Tatsache eines weiteren Personalabbaues

4000 Werkstättenarbeiter sollen fliegen — auf 1900 Mann hat man sich mit den Reformisten geeinigt. Die 2100 Mann sollen durch Feierlichkeiten herausgearbeitet werden. Sind die Feierlichkeiten eine Zeitlang gelaufen, wird die Reichsbahn melden: Es hat nicht den gewünschten Erfolg gehabt, wir müssen weiter abbauen.

So kommt der Spätsommer und Herbst mit seinen bereits jetzt schon abzulehnen noch grauämigeren Wirtschaftserwartungen heran. Anstatt die große Masse der Arbeiter zu mobilisieren und zum Kampfe gegen diesen Elendszustand zu führen, schließen die Bürokraten des ADGB eine neue Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum ab. Als willige Lakaien sind sie hiffbereit, alle Launen des Dougplans auf die Schultern der Werktätigen abzuladen.

Eisenbahner! Wehret euch jetzt das stunde Verratspiel ein?

Im jährlichen Wahlkampf haben die Reformisten und die SPD unter gemeinsamer Foge gegen die Kommunisten und die Opposition um eure Stimme.

Daher nicht eine Minute länger diesen Verrat. Kämpft mit der Opposition für den Stenentuntenstag und die 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, für die Einrichtung der Erwerbslosen und bereits Abgehenden in den Produktionsprojekten.

Wählt am 22. Juni zum Landtag Kommunisten: Liste 3!

Lohnabbau auch bei Meurer AG
20 Prozent Affordbührung in der Schleiferei

(Arbeiterkorrespondenz)

Durch brutale Rationalisierungsmethoden auf Kosten der Arbeiterschaft, versuchen die Unternehmer ihre bankrotte Wirtschaft noch über Wasser zu halten. Unter dem Vorwand des technischen Fortschrittes, der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, versuchen die Unternehmer und mit ihnen die Gewerkschaften, die Brutalität ihrer Rationalisierungsmethoden zu rechtfertigen, um die Arbeiterschaft im Interesse der deutschen Wirtschaft besser ausbeuten zu können.

Auch innerhalb unseres Betriebes können wir wieder eine solche ungeheure Affordbührung feststellen. Zur Zeit regiert in der Schleiferei die Stoppuhr. Affordbührungen bis zu 20 Prozent werden durchgeführt.

Durch diese Affordbührung erreichen die Arbeiter nicht einmal mehr den tariflichen Stundenlohn. Trotz dieser Maß-

nahmen erkennt ein Teil der Kollegen immer noch nicht, daß die einzige Möglichkeit, den Lohnraub zu verhindern, die ist, den Kampf gegen das Unternehmertum aufzunehmen, vielmehr geben diese Kollegen dazu über, durch eine skrupellose Arbeitsweise wieder auf ihren Verdienst zu kommen. Die Proleten müssen erkennen, daß ihnen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie in ihrem Kampfe nicht hilft, sondern, daß nur die revolutionäre Gewerkschaftsopposition gegen das kapitalistische System kämpft, und daß sie die Aufgabe haben, sich der RGO anzuschließen und am 22. Juni ihre Stimme abgeben müssen für die

Liste 3, Kommunistische Partei!

Schändlich! Schändlich! Nochmals schändlich!

Die sächsische ADGB-Zeitung und die Dresdner Volkszeitung verteidigen die Bürgerfriedenspolitik mit dem Unternehmertum und ihren Arbeiterverrat

„Zweifellos würde man dem größeren Teile der Mitglieder der verflochtenen Regierung (Schieck, Die Red.) unrecht tun, wenn man ihnen arbeiterfeindliche oder reaktionäre Gesinnung nachsagen wollte.“
Sächsische Gewerkschaftszeitung des ADGB vom 1. Juni 1930.

Die Veröffentlichung obigen Titels in der Arbeiterstimme, das das enge Bündnis der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und der SPD mit dem Unternehmertum zum Ausdruck bringt, das aufzeigt, die Koalition der „Linken“ mit der Ausbeuterregierung Schick, veranlaßt Arndt, unter Verhüllung seines Namens in Nr. 12 der sächsischen Gewerkschaftszeitung vom 5. Juni und in Nr. 13 der Dresdner Volkszeitung vom 17. Juni einen Artikel zu veröffentlichen der nur eine Verleumdung all dessen ist, was die Kommunistische Partei in ihren Forderungen und die Arbeiterstimme in ihren Veröffentlichungen zum Ausdruck brachte. Arndt weicht ein, daß auf seine Initiative die Bank der Arbeiter der reaktionären Bürgerregierung einen Kredit von 1 Million Mark zur Verfügung stellte. In der Anwendung demagogischer Mittel waren die SPD-Führer noch nie verlegen, und so versucht auch Arndt, bei Bewilligung des Millionenkredits an die Bürgerregierung eine verlogene demagogische Begründung zu geben. Arndt schreibt:

„Dabei wissen die Kommunisten ganz genau, daß das Darlehen der Arbeiterbank der sächsischen Regierung nicht zur Verfügung und zur Beilegung ihrer finanziellen Schwierigkeiten, sondern lediglich zur Durchführung von Notstandsarbeiten gegeben worden ist. Bei der Beratung der von der SPD gestellten Arbeitsbeschaffungsanträge hat der Finanzminister Weber, wir immer, auf die Unmöglichkeit der Mittelbeschaffung hingewiesen und dadurch versucht, der von der SPD eingeleiteten Hilfsaktion auszuweichen. Lediglich um ihm diesen Ausweg zu nehmen, hat der Genosse Arndt den Kredit der Arbeiterbank vermittelt, der auch tatsächlich gegeben und zur Durchführung einer größeren Anzahl kleinerer Notstandsarbeiten im ganzen Lande verwendet worden ist.“

Was für Gelder sind es, die die Arbeiterbank verleiht? Es sind die Gelder, die die Arbeiter als Mitgliedsbeiträge an die Gewerkschaften abführen, die Gelder, von denen die Arbeiter verlangen, daß sie zum Kampf gegen das kapitalistische System, zum Kampf für höheren Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit verwendet werden. Weil der sozialparteiliche Finanzminister Weber erklärte, daß die Regierung kein Geld hat, deshalb will ihm Arndt 1 Million Kredit vermittelte haben. Die Tatsache aber ist, daß Arndt versucht, mit dieser Million einen Million-

„Machen Sie mal eine richtige Sache!“
(Angeklagtenkorrespondenz)

Wenn die Angestellte Stöber ihren „Chef“, den Häufler, maler Schöne, um höheres Gehalt anging, erhielt sie die kläglichste Antwort, sie solle mal eine „richtige Sache machen“, dann würde sie einige Hundert Mark bekommen. Diese „richtige Sache“ glückte ihr. Durch ihre Vermittlung verdiente Schöne an einem Jahrlohnlauf rund 9000 (neuntausend) Mark. Einhundert Mark bekam die Angestellte davon. Der weitere Dank ihres Chefs bestand in der Kündigung für Ende April. Da aber Unternehmer nie undankbar sind, wurde die Angestellte am 24. April 1930 freigesetzt. Vor dem Arbeitsgericht bestritt der Unternehmer jede Zusage einer Extravergütung sowie eine 3monatige Kündigungsfrist. Da die aufgebauten Zeugen verweigerten und Schöne die vom Gericht angelegte freiwillige Zahlung von 400 Mark verweigerte, erfolgte seine Verurteilung zur Zahlung von 25 Mark! Kommentar überflüssig.

Vorsicht beim Unterschreiben von Bestellscheinen

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Firma J. Schöke u. Co., Leipzig, Körberberger Straße 25, liefert gratis, nur um Kellame zu machen, durch ihre Vertreter Anhängel nach eingehenden Fotografieren. Bei der Ablieferung werden wunderbare Vergrößerungen geliefert, mit Folien, Stück für 12 Mark. Nicht ein Prolet eine Bestellung, die kommt doch nur in Frage, so kann er sein häßliches Wunder erleben. Es werden ganz erhebliche Bilder geliefert, von Heiligkeit keine Spur, direkt merkwürdig. Vorher gemachte Vereinbarungen mit dem Vertreter, werden nicht berücksichtigt. Denn, und das ist der merkwürdige Punkt, an einer Seite des Bestellscheines steht ganz klein gedruckt: „Mündliche Besprechungen und Forderungen dieses Bestellscheines sind der Firma gegenüber ungültig.“ Darum Vorsicht!

Jeht für die SPD zu laufen. Die Bürgerregierung nahm das Geld und gab dem Arndt, Edel und Liebmann den Auftrag. Wenn Arndt erklärt, daß diese Million Mark zur Durchführung einer größeren Anzahl kleinerer Notstandsarbeiten verwendet worden ist, so ist das ein bewußter Schwindel. Warum gibt Arndt nicht eine Aufstellung der durchgeführten Notstandsarbeiten, so doch nur deshalb, weil er es nicht kann. Zeit wann ist es Praxis, daß die Arbeiter die Arbeiten des kapitalistischen Staates finanzieren? Die Maßnahme Arndts, die die Maßnahme der „Linken“ SPD in Sachsen ist, ist die praktische Mitwirkung an dem Versuch, die kapitalistische Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Auf der ganzen Linie streiten die Unternehmer zum Antritt gegen den Lohn der Arbeiter. In Mansfeld stehen über 10.000 Arbeiter in einem bewußten Kampfe gegen das Ausbeutertum. Hier hat Arndt und die Arbeiterbank keine Mittel. Aber wenn Herr Wille sagt „Unternehmer in Rot!“ oder wenn die Bürgerbank-Regierung in Sachsen erklärt „Wir brauchen Geld!“, da vermittelt Herr Arndt sofort 1 Million Mark.

Arndt verteidigt dann seinen Artikel in der sächsischen Gewerkschaftszeitung des ADGB Nr. 11, aus dem das einleitende Wort dieses Artikels stammt, und erklärt folgendes:

„Aus dem zitierten Satz konnte jeder vernünftige Mensch im Zusammenhang mit dem übrigen Inhalt des Artikels nur herauslesen, daß die Haltung der Bürgerregierung bestimmt war und die jeder anderen bürgerlichen Regierung bestimmt sein muß von ihrer Abhängigkeit von der Industrie, dagegen weniger von der Gesinnung der einzelnen Mitglieder.“

Diese Stellungnahme Arndts bestätigt nur, was wir wiederholt auszuführen. Das die Sozialdemokratie in jeder Schändlichkeit fähig ist, und daß sie die Unternehmung nicht als Arbeiterfeinde betrachten, und daß die Bürger, Schick und Bräuning sehr „arbeiterfreundliche“ Leute mit einer „sozialistischen Gesinnung“ sind. Alle Demagogie vermag das freundschaftsverhältnis der „Linken“ SPD-Führer der Arndt und Genossen mit den Ausbeutern vom Schlinge der Wille und Augenberg nicht aus der Welt zu schaffen. Schändlich! Nochmals schändlich ist die Handlungsweise der Sozialdemokratie. Wir wiederholen unsere Worte:

Um die Große Koalition zu erreichen, begehen die Sozialdemokraten jede Schändlichkeit. Die Worte Arndts in der Gewerkschaftszeitung des ADGB sagen jedem Arbeiter ganz klar, daß die Gewerkschaften vollständig kapitulieren werden vor der Unternehmerröhrer, und im Interesse um Ministersessel zustimmen dem Lohnabbau und dem Raub der Erwerbslosenunterstützung. Gewerkschafter! Sozialdemokratische Arbeiter! Beantwortet diese Schändlichkeit mit der

Wahl der Liste 3, Kommunistische Partei!

Lohnkampf in der Holzindustrie

Auch die Holzindustriellen fordern Lohnabbau!

Der Unternehmerverband in der deutschen Holzindustrie hat das Lohnabkommen im Vertragsgebiet des Reichsmantellarvertrages zum Ablauf am 1. August gelündigt.

Der Reichsmantellarvertrag gilt nicht für das gesamte Reichsgebiet, sondern nur für bestimmte Länder und Provinzen. Unter anderem ist auch der Stadtkreis Berlin davon ausgenommen. Dagegen gehören zu dem Gebiet die Provinz Brandenburg, Bayern rechts des Rheins, Bremen, das Saarländische Land, Schleien und Oberschleien, Schleswig-Holstein, Freistaat Hamburg, Provinz Sachsen, Provinz Heilen-Katzen, Kassel Stadt u. Landkreis, Niederrhein, Mittelrhein, Freistaat Lippe-Detmold, Niederhessen und Freistaat Sachsen.

Der Reichsmantellarvertrag wurde erstmalig abgeschlossen am 15. Februar 1927. Im Gebiet dieses Vertrages sind für die Regelung der Löhne besondere, teilweise auch bezirksliche und örtliche Lohnabkommen abgeschlossen worden. Bei der vorjährigen Vertragsverneuerung hat die Verbandsbürokratie jede Kampfmöglichkeit der Kollegen unterbunden. Die Folge war dann auch, daß statt der geforderten Lohnhöhung von 15 Pf. pro Stunde nur eine solche von 6 Pfennigen eintrat, die noch dazu auf zwei Termine festgelegt wurde.

Dieses völlig unzulässige Ergebnis soll jetzt durch die Kündigung des Lohnabkommens seitens der Unternehmer trotz geeigneter Lebenshaltung rückgängig gemacht werden. Sie wollen Lohnabbau. Der Vorstand des deutschen Holzarbeiter-

verbandes hat nichts unternommen, um die Kollegen zum Ablauf des Lohnabkommens für einen Kampf um weitere Lohn-erhöhung vorzubereiten. Auf der letzten Beiratsitzung ist die Kündigung des Lohnabkommens zwecks Auslösung eines Kampfes um höhere Löhne ausdrücklich abgelehnt worden.

Es ist deshalb die Aufgabe aller Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition in der Holzindustrie, sofort Werkstatt- und Betriebsvereinigungen zu organisieren, um zu der Situation Stellung zu nehmen.

Alle Anstrengungen müssen gemacht werden, um die Betriebsarbeiter und die erwerbslosen Kollegen zu einem Kampf um eine Lohnhöhung von 15 Pfennig pro Stunde und um den Stenentuntenstag bei vollem Lohnausgleich zu mobilisieren.

Dazu ist notwendig, daß auf den Stempelstellen und in den Betrieben die Anhänger der RGO in Gruppen zusammengefaßt werden. Die Gruppen müssen sich rote Vertrauensleute wählen, um auch die Funktionäre zu haben, die alle Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf schaffen können und aus deren Reihen die Kampfleitungen der Betriebe entwickelt werden. Von den gewerkschaftlich organisierten Anhängern der Opposition wird erwartet, daß sie innerhalb der Gewerkschaftsvereinigungen und der Funktionärskörper des Verbandes für die Vorbereitungen des Kampfes zur Durchführung der obigen Forderungen energisch auftreten.

Rund um den Erdball

Die Weltkraftkonferenz in Berlin

Technik: Totengräber des Kapitalismus — Hebel des Fortschritts in der USSR.

Seit Sonntag tagt in Berlin, in der Staatsoper am Platz der Republik, die Zweite Weltkraftkonferenz, die im Jahre 1924 begründet wurde. Seitdem haben fast alljährlich Teil und Fachkonferenzen stattgefunden. Mehrere tausend Techniker, Ingenieure, Naturwissenschaftler und Unternehmervertreter aus unzähligen Ländern haben sich zu dieser Tagung in Berlin eingefunden. Auch die Sowjetunion ist durch eine starke Delegation vertreten. Die sowjetrussische Delegation, die von dem Vorsitzenden des staatlichen Planausschusses, K. S. Andronow, geführt wird, besteht aus einer Anzahl hervorragender Gelehrter und technischer Fachleute, darunter die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften Toffe, Spatjew und Mittkewitsch, ferner die Professoren Ossabtsch, Kamjin, Chatalein, sowie eine Reihe von Ingenieuren und Technikern.

Die Konferenz wurde am Sonntag mit dem üblichen Pomp eröffnet. Die eigentlichen wissenschaftlichen Arbeiten begannen am Montag. Neben zahlreichen Fachveranstaltungen, Vorträgen über die Kraftprobleme in den einzelnen Ländern und Diskussionen über Einzelfragen der technischen Kraftproduktion und

und den Produktionsverhältnissen auf die Spitze getrieben und die ökonomischen Voraussetzungen für die gesellschaftliche Umwälzung, für den Sturz des Kapitalismus geschaffen hat. Das kapitalistische System wurde in demselben Maße immer mehr zu einem Hemmnis des technischen Fortschritts, zu einer Fessel für die Weiterentwicklung der Produktionskräfte.

In der Sowjetunion dagegen vollzieht sich unter den Bedingungen des sozialistischen Aufbaus ein ungeahnter technischer Aufschwung, wie ihn der Kapitalismus in den Jahrzehnten seiner höchsten Entwicklung kaum zuzugeben gebracht hat. Von der Fessel der kapitalistischen Konkurrenz befreit und vorwärts getrieben durch die elementare Initiative der Massen, überrennt die Technik in der Sowjetunion auf dem Wege des Fortschritts alle Hindernisse und Schwierigkeiten.

Während unter den Bedingungen des Kapitalismus der technische Fortschritt seit jeher die Sklaverei der Massen verschärft, ihr Elend gesteigert hat, sind die technischen Errungenschaften in der Sowjetunion das wichtigste Mittel für die Befreiung der Massen vom Druck der muskel- und nervengerrütenden Arbeitsironie und für ihre kulturelle Aufwärtsentwicklung.

Brückeneinsturz in Rumänien

Sechzig Personen ertrunken

Wien, 17. Juni. Nach Budapest Meldungen ist in der Nähe von Ploesti in Rumänien eine neue Brücke, die über den Jiluluj führt, plötzlich eingestürzt. Rund 100 Personen, die gerade die Brücke passierten, wurden mit in die Tiefe gerissen, wobei 60 ertranken.

Verteilung, wird eine Reihe von allgemeinen wissenschaftlichen Vorträgen von bekannten Gelehrten gehalten. Einen dreiteiligen Raum nehmen in der Konferenz die Fragen der technischen und betrieblichen Rationalisierung ein. Die Vertreter der Sowjetwissenschaft werden dem Kongress 26 Referate von hohem wissenschaftlichen Wert über die Ergebnisse der Kraftproduktion und -verwertung in der Sowjetunion vorlegen.

Am Montag nachmittag hielt der bedeutende deutsche Physiker und Begründer der Relativitätstheorie, Albert Einstein, einen Vortrag über das Thema „Das Raum-, Feld- und Lichtproblem in der Physik“, in dem er seine neue Feldtheorie, die Krönung seiner allgemeinen Relativitätstheorie, behandelte. Am Dienstag behandelte der französische Gelehrte Serruss das Thema: „Neue Fragen der Rationalisierung“. Ausgehend vom Taylor-System, behandelte er, ohne auf die sozialen Auswirkungen der Rationalisierung unter den Bedingungen des Kapitalismus einzugehen, die verschiedenen Formen und Probleme der betrieblichen, industriellen und organisatorischen Rationalisierung. In den Fachveranstaltungen werden zahlreiche Einzelprobleme der Elektrizität, der Brennstoffe, Kraft- und Wärmewirtschaft, der Energiewirtschaft und der technischen Kraftforschung behandelt.

Die Berliner Weltkraftkonferenz ist eine internationale wissenschaftliche Veranstaltung von großer Bedeutung. Viele umwälzende Fragen der technischen Kräftezeugung und Organisation stehen zur Erörterung. Fachleute von internationalem Ruf und bedeutende Gelehrte gewährleisten durch ihre Teilnahme ein hohes wissenschaftliches Niveau der Konferenzarbeiten.

Und doch ist dieser Kongress, geschichtlich betrachtet, gemessen an die Wissenschaft und Technik, ein Zeichen der Kapitulation des Kapitalismus, der längst aufgehört, ein Hebel des gesellschaftlichen, kulturellen und technischen Fortschritts zu sein.

Die gewaltigen technischen Errungenschaften, die er zumeist gebracht hat, haben zugleich dazu beigetragen, sein eigenes Fundament zu untergraben. Mit der technischen Revolution vollzog sich eine Umwälzung der Produktionskräfte, die den Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktionskräfte

Riesiger „Verteidigungsfonds“ der Chicagoer Alkoholschmuggler

Wie Chicagoer Zeitungen berichten, sollen die Verbrecher und Alkoholschmuggler von Chicago einen gemeinsamen „Verteidigungsfonds“ gebildet haben, um den Kampf, — lies: Verteilung — mit der Polizei erfolgreich führen zu können. Der Fonds soll bereits die riesige Höhe von 6 Millionen Dollar erreicht haben.

Eisenbahnunfall in Belgien

In der vergangenen Nacht ließ der D-Zug Paris — Brüssel auf dem Brüsseler Südbahnhof mit einem Rangierzuge zusammenstoßen. Dabei wurde der Speisewagen und ein Personenwagen II. Klasse zertrümmert. 12 Personen erlitten Verletzungen.

Lübeck: Der 40. Säugling hingemordet!

Stürmisch verlaufene Bürgerversammlung — Kommunisten fordern Entlassung der Senatoren

Lübeck, 17. Juni. Das Lübecker Gesundheitsamt ist gezwungen, mitzuteilen, daß am Dienstag vormittag ein weiterer Säugling nach der Ernährung mit dem Colmette-Schuhkraut gestorben ist. Die Gesamtzahl der durch den verbrecherischen Reichsinn hingemordeten Säuglinge hat nun die ungeheure Zahl von 40 erreicht. Von den etwa 90 erkrankten Kindern starben zur Zeit noch eine große Anzahl in Lebensgefahr.

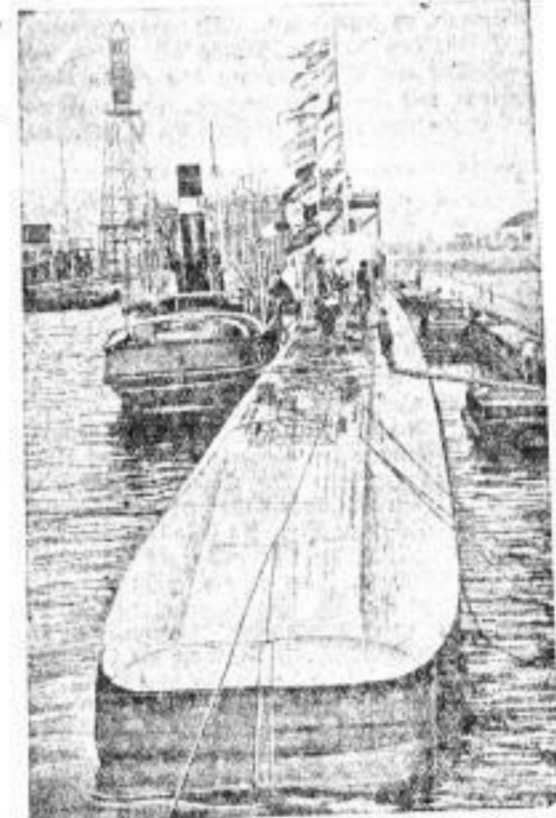
Am Montagabend nahm die Lübecker Bürgerschaft erneut zu dem Bazillenmord Stellung. Die sozialdemokratische Fraktion leistete sich den billigen Agitationsantrag, die Suspendierung der Leiter des Lübecker Gesundheitsamtes, Professor Dente und Dr. Alstedt, zu fordern. Die praktische Bedeutung dieses Antrags ist natürlich gleich null, da, wie wir bereits berichteten, Professor Dente selbst die Konsequenzen gezogen hat, und Dr. Alstedt bereits längst vom Amt beurlaubt ist.

Der von unseren Genossen eingebrachte Antrag in der Lübecker Bürgerschaft fordert nicht nur die Suspendierung der verantwortlichen Leiter des Gesundheitsamtes als die Hauptschuldigen an dem Bazillenmord,

sondern sie verlangen ferner auch die Entfernung der leitenden Senatoren von ihren Ämtern.

Dieser Antrag wurde natürlich abgelehnt. Eine ungeheuerliche Nachlässigkeit mußte der Vertreter des

Frankreichs „Abrüstung“



Was hinter den heuchlerischen pazifistischen Phrasen der imperialistischen Demagogen steckt, weiß jeder Arbeiter bereits zur Genüge. Trotzdem ist es nicht überflüssig, ihn und wieder diese Phrasen durch Tatsachen als Phrasen zu entlarven. So wie alle anderen imperialistischen Staaten, denkt auch Frankreich nicht im Traume daran, abzurüsten. So haben erst in diesen Tagen eine Anzahl von Unterseebooten, von denen eins unser Bild zeigt, vom Stapel. Dieses U-Boot ist für polnische Rechnung gebaut worden und wird gewiß einstmals in dem „heiligen Krieg“ gegen Sowjetrußland Verwendung finden. Doch werden die Imperialisten ihre Rechnung ohne die revolutionäre Arbeiterschaft der Welt gemacht haben.

„Auf der Flucht erschossen“

Ein unbequemer Mitwisser zum Schweigen gebracht?

Moskau, 17. Juni. (Korrespondenz-Bericht.) Am 18. Mai d. J. wurde auf dem Gefangenens-Kommando Mikmoor-Neudorf in Ostpreußen der Sträfling Heinrich Hammer Schlag erschossen. Unklar wurde damals mitgeteilt, daß der Erschossene einen Fluchtversuch unternommen habe.

Inzwischen sind Gerüchte laut geworden, die diese Bluttat in einem höchst merkwürdigen Licht erscheinen lassen. Der Bericht, daß es bei der Erschießung Hammer Schlags nicht mit rechten Dingen zugegangen sei, stützt sich auf Aussagen von Mitsträflingen, die behaupten, daß der Erschossene, der einen Vertrauensposten in der Gefängnis-Kammer innehatte, ein unbequemer Mitwisser von Beamtendurchsuchungen gewesen sei. Schon lange war es den Gefangenen aufgefallen,

daß sich Hammer Schlag sämtlichen Beamten gegenüber die größten Freiheiten herausnehmen konnte, ohne daß ihm jemals etwas geschah.

Daraus folgerten die Sträflinge, daß Hammer Schlag die Beamten in der Hand habe. Aber auch D. selber hat wiederholt gegenüber seinen Mitsträflingen dieselben fängernäheren Andeutungen gemacht und sich sogar einmal geäußert:

„Wenn ich entlassen werde, dann platzt die Bombe, dann kommen die selber ins Zuchthaus.“

Des weiteren ist bekannt geworden, daß Hammer Schlag am dem Tage, an dem er erschossen wurde, zwar die Anstalt verlassen hatte,

aber nicht um zu flüchten, sondern um sich eine Flasche Bier zu holen.

Von diesem Vorgang ist er dann nicht mehr lebend zurückgekehrt. Einige Augenzeugen wollen ihn noch lebend am Kanal flüchtig beobachtet haben und daß er dort von mehreren Aufsichtsbekleideten mißhandelt wurde.

Doch was seine Flucht vollkommen unwahrscheinlich macht, ist die Tatsache, daß er nur noch sechs Wochen abzusitzen hatte. Außerdem hat er sich während seiner Strafzeit 240 Mark erspart, die ihm im Fall eines ernsthaften Fluchtversuchs bestimmungsgemäß verlustig gingen.

Aus all diesen Andeutungen geht also mit ziemlicher Sicherheit hervor, daß Hammer Schlag als unbequemer Mitwisser von den „Interessierten“ nach alibewährtem Muster „Auf der Flucht erschossen“ zum Schweigen gebracht worden ist. Wir fordern unverzügliche richtungslose Untersuchung dieser merkwürdig geheimnisvollen Bluttat.

Senats in der Bürgerversammlung zugehen. Danach ist der Colmette-Schuhkraut auch nach dem 26. April,

als also bereits eine große Anzahl von Erkrankungen mit Todeserfolgen vorlag, häufig weiter von Ärzten und Hebammen verübert worden.

Trotzdem denkt die Lübecker Staatsanwaltschaft bisher nicht im Traume daran, die schuldigen Verze wegen jahrelanger Täuschung zu verhaften.

Furchtbare Bluttat eines Geisteskranken

Seine beiden Töchter getötet

Paris, 17. Juni. Am Montag nachmittag ereignete sich in der Nähe der französischen Hauptstadt in Verles in Galliarde eine furchtbare Bluttat. Ein Landwirt, der seit einiger Zeit geistige Störungen zeigte, forderte seine beiden Töchter auf, mit ihm in die Scheune zu gehen, wo er sie hinterzürde niederzulegen und dann erdrosselte. Darauf kehrte er in seine Wohnung zurück und jagte sich eine Kugel in den Kopf.

Kofain für Bürgerkriegspolizei

Wer jedoch glaubt, daß unsere „Ordnungshüter“ dieses Kofain zum Schnupfen zugeteilt erhalten sollen, irrt. Im Gegenteil, ein amerikanischer Kapitän will dieses Kofain benutzen, um eine neuartige Munition für Schießwaffen aller Art herzustellen. Die Kofainbohne

enthält ein bestimmtes Kofainpräparat, durch das der Angeschossene sofort für eine kurze Zeit betäubt wird.

Der Erfinder hofft, daß die Kofain-Munition, besonders der Polizei große Dienste leisten könne. Der Kampf mit Verbrechern — lies: Kommunisten — wäre, so glaubt der Liebermann, dadurch erleichtert, daß die Beamten erst im Augenblick der äußersten Gefahr schiessen dürften. Durch die Kofain-Munition würde dann der Verbrecher, also der Kommunist, nicht verletzt, sondern nur betäubt. Ob die deutschen Ordnungshüter ebenfalls mit Kofain-Bohnen ausgerüstet werden sollen, steht noch nicht fest. Nach Ansicht von Fachleuten wie Jürgel, Schönfelder und Genossen, geht vorläufig nichts über die alte, ehrliche, blaue Bohne. Macht sie doch dem „Feind“ nicht nur für Minuten, sondern für lange Zeit kampfunfähig.

Seine Frau erdrosselt und angefangt

In dem französischen Dörfchen Chambours, einige Wegstunden von Tours gelegen, hat ein Bauer seine Frau erdrosselt, die Leiche auf den Hof geschleppt und dort von allen Seiten mit brennenden Strohbündeln abgefangt. Danach schleppte er sie wieder ins Haus an. Ichloß die Leiche in eine Kammer ein. Der durch den Leichengruch von Nachbarn alarmierten Polizei erklärte der Mörder, daß keine Frau „verhezt“ gewesen sei, und er daher zu der „Teufelsaustreibung“ berechtigt gewesen sei.

Für eine Sowjetkommune wählt Kommunisten, Liste 3! Brecht die Youngsklaverei in den Gemeinden!

Der Youngkurs zeigt keine furchtbaren Auswirkungen für die Werktätigen nicht nur in Preußen und Ruhr, sondern auch in den bürgerlich-sozialdemokratischen Kommunalparlamenten. Die Kommunalparlamente, als die unterste Organisationseinheit des kapitalistischen Staates, sind genau wie Landes- und Reichsparlamente Organe des Fraktionkapitals. Die Erfüllung ihrer Aufgaben wird nach denselben Richtlinien geleitet. Es ist deshalb die Verhältnisse entsprechende Erziehung, wenn die sozial- und kulturpolitischen Aufgaben in den Gemeinden immer mehr eingeschränkt werden. Noch vor einem Jahre verabschiedeten die den Gemeinden zugewiesenen Aufgaben 97 Prozent ihrer Einnahmen, so daß im Durchschnitt ganze 3 Prozent für die so vielgepriesene „Selbstverwaltung“ verbleiben. Heute sind die Zuschüsse an die Gemeinden noch geringer und die soziale weitere Einparzungen besonders sozialpolitischer Positionen.

Besonders für die abgrundtiefe Schendeteil der bürgerlichen und sozialdemokratischen Gemeindevorstände ist, daß sie ihre Entscheidungen mit den geringen, den Gemeinden zur Verfügung stehenden Mitteln begründen und verschleiern, daß gerade ihre Parteigänger im Reichstag und Landtag es sind, die diese Abschneidung der Gemeinden betreiben. Bekanntlich hat die Bildung der Gemeindevorstände um 120 Millionen gekostet, und im nächsten Landtag kommt die SPD gegen einen kommunistischen Antrag, der 3 Millionen an die Bezirksverbände zur Verteilung an die Gemeinden, zur Unterstützung von Erwerbslosen forderte. Selbstverständlich stimmen die Sozialdemokraten für die bürgerlichen Vorkämpfer gegen diesen Antrag. In den Gemeinden fügen sich SPD, bürgerliche und sozialistische Vertreter dem immer enger gespannten Rahmen und richten ihre Politik danach ein. Immer weiter werden die Unterstellungen für die Vermögen bis auf einen lächerlichen Rest getrieben.

Die im Dienste der Profitbourgeoisie lebenden Gemeindevorstände erheben Anträge gegen die Kommunisten, daß sie „unzulässige“ Forderungen stellen und sich über die Verfügungsgewalt der Räte verheeren. Aber mit diesem Hintertup Gemeindevorstände in den Vordergrund die Interessen der Werktätigen. Diese lauten den Interessen der Youngsklaverei gegenüber. Deshalb ist es richtig:

Wir Kommunisten stellen Forderungen auf, die im Rahmen der Youngpolitik unzulässig, dazu angeht, die Youngsklaverei zu sprengen.

Wir Kommunisten sind aber nicht so naiv, zu glauben, daß unsere Gemeindevorstände und Parlamentarier allein im Kampf gegen die Anarchie Youngs ihr Ziel erreichen, deshalb haben wir unsere Aufgabe darin, in jedem einzelnen Fall die Massen zu

mobilisieren und die notwendigen Massenkämpfe zu organisieren und zu führen. Wir Kommunisten lassen uns nicht zu parlamentarischen Schachzügen verlocken. Ein kommunistischer Parlamentarier hat die Aufgabe, immer und immer wieder den Massen auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen zu demonstrieren, daß es notwendig ist, den Parlamentarismus zu brechen, mit ihm die Youngsklaverei und die Verhältnisse zu beseitigen. An dessen Stelle muß das Sowjetregime, die Errichtung der Macht der Arbeiter und arbeitenden Bauern gestellt werden als der Voraussetzung für den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aufstieg der arbeitenden Massen auch in den Gemeinden.

In der Sowjetkommune liegt die Verantwortung für die Regelung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Werktätigen in den Händen der von Arbeitern, Angestellten, armen Bauern, Handwerkern, Beamten usw. direkt gewählten Räte, die

jederzeit von ihren Wählern abberufen werden können, wenn sie gegen deren Interessen handeln.

Die Steuern werden von den Arbeitern, Bauern, und Selbstverdienenden nach dem Prinzip: Steuerfreiheit für das Existenzminimum; kleine Steuern für die Kleinen und große Steuern für die Großen. Alle Verluste der Arbeiter und Arbeiterinnen, die die Gemeinden ausbeuten, werden von ihnen im Reine erzielt, den Schwachen und Hilfsbedürftigen in jeder Weise Unterstützung gewährt, die Arbeiter aus ihrem Polster Gehalt, um Wohnraum für mangelnde Arbeiter zu schaffen. Nach dieser Richtung werden sich die Sowjets bemühen für ein Gehalt, das dem Lohn eines qualifizierten Arbeiters entspricht. Das ist der einzige Ausweg aus den immer wachsenden Schwierigkeiten der Gemeinden. Dafür kämpft die kommunistische Partei für die Beilegung der kapitalistischen Gemeinde und die

Errichtung der Sowjetkommune.

Kommunalpolitik der SPD

Die Sozialdemokraten scheitern ihren Wahlkampf mit der Parole: „Verhindert ein Nazi-Treiben!“ Hinter diesem bestragelichen Schilde, das die sozialdemokratischen Führer

vor der Wahl antworten, verbirgt sich der Wille zur Koalition nach den Wahlen. Nichts kennzeichnet besser die Koalitionsbereitschaft der „linken“ sozialdemokratischen Führer als ihre Tätigkeit in den Gemeinden.

SPD und Nazis gegen 7-Stunden-Tag Tatsachen aus Leipzigs Stadtparlament

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion in Leipzig hatte vor kurzem einen Antrag eingebracht, der im 1. Punkte folgenden Wortlaut hat:

„Das Kollegium beschließt: Um Entlohnungen in der häuslichen Vermittlung und in den häuslichen Betrieben zu verhindern, ist der Siebenhunderten Tag bei vollem Lohnausgleich durchzuführen.“

Der gemeinliche Antrag von den Nazis bis zur SPD hat diesen Antrag der Kommunisten einstimmig abgelehnt! Es liegt das Schicksal der National- und Sozialdemokraten auf!

In Weiden mit seiner absoluten sozialdemokratischen Mehrheit wird der Antrag der kommunalen Interessenvertretung mit den Stimmen der SPD beschlossen. Der Vorkämpfer wird erbarmungslos herabgeholt.

In Dresden legt der sozialdemokratische Finanzkommissar einen Haushaltsplan vor, der ein Gefäß an die Bürgerliche Klasse schenkt, daß hier in bemerkenswerter Schamlosigkeit gearbeitet worden ist. Die „Sachkenntnis“ bedeutet Millionenabstriche an den Mitteln für soziale Ausgaben!

In Leipzig vertrat der Sozialdemokrat Eder bei der Haushaltsplanberatung die für die Polizei geforderten Mittel mit der Begründung, „das Leipziger Verbrechen der Kommunisten Jugend mache härtere Ausrüstung der Polizei notwendig!“

In Bielefeld erklärten die Sozialdemokraten sich für den reaktionären Haushaltsplan mit dem Hinweis: „Wir können ihn nicht aus Koalitionsgründen ablehnen.“

In Eintracht beschloß die SPD gemeinsam mit den bürgerlichen neuen Youngsklaverei.

In Riesa stimmten die sozialdemokratischen Gemeindevorstände und Mitglieder der Arbeiter Gewerkschaft und Gewerkschaft für die Errichtung einer städtischen Herberge!

In Leipzig, wo am Sozialrat ähnliche Überhöhte Forderungen gemacht wurden wie in Dresden von dem Sozialdemokraten Dr. Führer, stimmte die SPD geschlossen für den hohen Sozialrat. Der bürgerliche Finanzkommissar begründet die Streichungen am Sozialrat mit denselben Worten wie der Sozialdemokrat Dr. Führer in Dresden.

In Regau trat die sozialdemokratische Fraktion den Änderungsanträgen der Kommunisten entgegen und verhinderte die Bereitstellung von 30.000 Mark für Straßenbau und Beschaffung von Arbeit.

Jede Stimme für die SPD ist eine Stimme für den Koalitionsvertrag der Partei der Bürgermeister, Regierungsräte und Minister. Deswegen heißt es am 22. Juni: Kommunisten, Liste 3 wählen! Jede Stimme für die SPD ist ein Bekenntnis gegen die Sozialreaktion in den Kommunen, gegen den National- und Sozialfaschismus, ist ein Bekenntnis zur proletarischen Revolution, für den Sturz des bürgerlichen Klassenregimes, für die Sowjetkommune.

So hat die SPD-Führer, wie überall auch in den Gemeinden die Schmachter kapitalistischer Interessen. Nicht ohne bestimmte Absichten schreibt die SPD, daß es ein Nazi-Schicksal zu verhindern gelte. Die Partei, deren Politikpräsidenten und Minister die Aufmärsche der nationalsozialistischen Vorherrscher dulden und dulden, die Partei, deren Bürgermeister ebenso wie der nationalsozialistische Thüringische Minister Fried die Werktätigen mit Kollateralschaden und Abbau der sozialen Fürsorge bedroht, diese Partei hat kein Recht, Anspruch auf Arbeiterstimmen bei der Landtagswahl zu erheben! Die SPD benutzt die sozialistische Gefahr als Sprungbrett für ihre Koalitionswünsche. Die SPD geht in den Wahlkampf, um Regierungspartei zu werden. Sie geht wie immer, aber wie noch nie so offensichtlich in den Wahlkampf mit der Absicht, ihre Verpflichtungen zu brechen und die proletarischen Wähler zu verraten.

Jeder Werktätige in den städtischen Gemeinden muß aus der Tätigkeit der bereits in den Kommunen tätigen sozialdemokratischen Führer lernen.

Kommunalbetriebe verschachert!

Dresdner SPD-Führer machen ein Geschäft

Der Herr, Vorstandsmitglied des Reichsbundes der öffentlichen Betriebe bis 31. 3. 30, habelohes Ratowitz, und Rinkerbüh, Redakteur der Dresdner Volkszeitung und Stadtvorstand, sind nach der endgültigen Umwandlung der städtischen Werke in Aktiengesellschaften zu Personalreferenten mit einem jährlichen Gehalt von 20.000 RM von den Aufsichtsräten bestellt worden. — Weiter bei der AG Städtische Werke, Günterbüh bei der AG Städtische Straßenbahn.

(Bei den letzten Kommunalwahlen 1929 war eine der Hauptwahlparolen der SPD der „Kampf gegen die Ausgliederung der Kommunalbetriebe an das Privatkapital.“ Sofort nach den Wahlen wurden die städtischen Betriebe Dresdens, unter Führung der SPD, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Der Wahlkampf hat sich, wie die obigen Geschäftspolitiken zeigen, für einige SPD-Führer gelohnt.)

Der reaktionärste Haushaltplan — und ein sozialdemokratischer Bürgermeister

... Die Sozialdemokratische Partei hat sich nicht geschont, trotz den voranschreitenden Schwierigkeiten, das Finanzamt durch unehren Gesellen zu belegen, um so einen bestimmten Einfluß auszuüben.“

Mit diesen Worten des sozialdemokratischen Fraktionsführers Risch in der öffentlichen Stadtvorstandssitzung vom 18. April 1929 hat die SPD ausdrücklich die Verantwortung für die reaktionäre Tätigkeit des Dresdner Bürgermeisters Führer übernommen. Die SPD ist also auch verantwortlich, wenn Führer abtritt an den Mitteln für

Erdgaslieferung	68.000 RM
Kindererholungsleistungen	65.000 „
Kriegsbeschädigten-Straßenbahnfahrten	105.000 „
Emulginlieferung	60.000 „
Sozialrentnerfürsorge	100.000 „

während er statt dessen neue Maßstäbe, wie Waffenzulassung, Kassensteuer usw. einführt.

Die Nazis mit von der Partie

Im Dresdner Stadtparlament sitzen 5 Nazis. Sie haben kein Wort des Protestes gegen den reaktionären Haushaltsplan Führers gesagt. Dafür deckt der „Sächsische Beobachter“, das Organ der Nazis, die Anschläge Führers mit folgender sensationeller Stellungnahme:

„Der Rat sieht sich genötigt, sich die Vorlage eines Nachtrages zum Haushaltsplan vorzubehalten, der ... eine weitere Einschränkung der Ausgaben vorzuziehen haben wird.“

Die Nazis verschweigen, daß die Einschränkung der Ausgaben auf Kosten der Werktätigen erfolgt. Sie sind mitteilhaft an dem Raubzug gegen das Proletariat, geht ihnen keine Stimme! Wählt Kommunisten, Liste 3!

Das ist die Politik der „Linken“ im Landtag „gegen“ — als Stadtrat für Erhöhung der Pflegekostensätze

Der Staat hat die Pflegekosten in den Krankenkassen auf den Satz von 6,60 RM erhöht. Hierzu bemerkt

der Maulwurfsgraber Ebel als Sprecher der sozialdemokratischen Parteifraktion:

„Auf derlei Pläne liegt auch das Bitterleben, dadurch wird zu schaffen, daß die Pflegekosten bei den Heilanstalten erhöht werden, wodurch eine Summe von 400.000 Mark herausgemittelt werden soll. Das ist wieder eine Maßnahme, die die Krankenkassen und die anderen Heilanstalten in einseitiger Weise belastet. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Betrad bei diesem Punkte werden wir unsere entschlossene Weigerung zur Geltung bringen.“

In Dresden hat der Sozialdemokrat Führer die Pflegekosten erhöht auf 7,10 RM. Herr Führer geht also noch wesentlich weiter als die Bürgerliche Regierung in Gießen. Er gibt dieser durch den Tip zur noch stärkeren Erhöhung und schamloser Ausbeutung der Werktätigen.

Was ist nun hier? Perlebe Ebel, der im Landtag die Konsequenzen dieser Erhöhung richtig aufzeigt, ist Kommunist in Dresden. Als solcher hat er die Erhöhung ohne ein einziges Wort zu sagen, geschweige denn ihr ausdrücklich zuzustimmen. Sein Parteifreund Rinkerbüh verteidigt diese schamlose Ausplünderung gegen die SPD, die diese Erhöhung als einzige Partei ablehnte.

So ist die SPD bemüht Schrittmacher der Beleidigung der Arbeiterklasse.

Wer erhöht in Chemnitz die Mieten?

Im „Robert-Straube-Hof“ in Chemnitz, in der Wohnungsbau-GmbH, der bürgerlichsozialdemokratischen Koalition, brach vor Wochen ein Mieterstreik aus, weil die GmbH, „nicht mit den Mieten auskommen“. Trotz Protest von 520 Mietern wurde die Mieterhöhung nicht von dem sozialdemokratischen Verwaltungsvorstand Straube rückgängig gemacht. Darauf traten die Mieter geschlossen in den Streik, um die Aufnahme der Mieterhöhung zu erzwingen. Der Chemnitzer Mieterstreik gegen die sozialdemokratischen Mietmischer ist ein Signal für die Mieterklasse Sachsens: Wählt am 22. Juni Kommunisten, Liste 3!

Sozialpolitik im siegreichen Arbeiterstaat Was Bürgerliche über die Fürsorge in Sowjetrußland berichten

Prof. Dr. Erich Oehl schreibt in seinem Buch „Rußische Frauen“:

„Die Löhne der Arbeiterinnen sind einigermaßen ausreichend. Die Arbeiterinnenunterstützung ist sogar höher als in Westeuropa bislang. Für die Arbeiterkinder wird selbstverständlich sehr viel mehr getan als früher. Schwangere Arbeiterinnen brauchen 4 Monate vor und 4 Monate nach der Entbindung nicht mehr zur Arbeit zu kommen, erhalten aber vollen Lohn und außerdem noch Wäsche usw. Die Berufslosen erhalten gewöhnlich mehrere Vorteile in Krankheitsfällen, ärztliche Behandlung, Kuraufenthalt usw.“

Oberst Bauer, der als mütterlicher Feind des Bolschewismus bekannt ist, schreibt in seinem Buch, das die Feindschaft schon durch einen Titel „Das Land der roten Joten“ zu erkennen gibt:

„Unvergleichlich groß ist die Fürsorge für Mutter und

Kind. Die Frau (speziell die arbeitende Frau) kann bereits 2 Monate vor ihrer Entbindung in eines der vielen Häuser für Mütter und Kinder gehen. Hier wird sie kostenlos versorgt und erhalten. Nach der Entbindung bleibt sie noch mindestens 2 Monate in diesen Häusern und geht erst dann unfähig wieder an ihre Arbeit. Jede Mutter erhält grundsätzlich ihr Kind selbst. An Stelle der ausfallenden Mütter Übernahmegeräte. Die Kinder gehen entweder mit der Mutter in deren Haus, oder sie werden von Staats wegen ernährt oder erzogen, wenn die Mutter bzw. der Vater nicht in der Lage ist, dies zu tun. Natürlich kostet diese Art der Kinderfürsorge dem Staat kolossales Geld, andererseits nimmt sie der häuslichen Familie und dem alleinlebenden Mädchen völlig die Sorge für die Zukunft ab. Der Staat der Arbeiter ist sich auch darin, daß es verboten ist, sie bis zu einem gewissen Alter zur Arbeit anzustellen. Bei Zusammenstoßen treten nicht nur schwere Strafen ein, sondern die Kinder werden einfach den Eltern weggenommen und in Staatsobhut gestellt.“

Dresden-A.

Hänel ist stadtbekannt für gute Ware und niedrige Preise 5% Rabatt Annenstr. 48, an der Annenkirche

Zwei Migräne und Nervenschmerzen Amos Nervenpulver Germania-Abtheilg. Wettinerstr. 29

Lose aller Lotterien empfiehlt Adolph Messel, An der Kreuzkirche 1

Butter-Großhandlung Spezialität: Dänische und mecklenburgische Butter Paul Singer, Falkenstr. 7

Optiker Ed. Wiegand Wallstraße 8

Rudolf Dörtschmidt, Kosenstr. 29b

Optiker Schulze Friesenberger Straße 8

Blousen-Ecke Aeltere Spezialgeschäft für Blusen u. Kleider / Webergasse, Ecke Altmarkt

Werkzeuge für jedes Handwerk, für den Hausbau Eisen-, Stahl-, Holzwaren, Fenstler-, Tür- u. Möbelbeschläge, Feid- und Gartengeräte, Dekorations-Artikel

E. Harnapp Dresden-A., Kreuzstraße, Tel. 13420 und 1462

Möbelhaus Schneider Große Hauptstraße 9

Radio-Spezial-Haus Grohmann Dresden Reilbahnstraße 3

Vervielfältigungs-Apparate mit sämtlichen Zubehören / Kurt Freytag, Reilbahnstraße 27

Tabakwaren H. Fülle Moritzstraße 15, Ecke Schlesierstr.

Brambacher Sprudel Generaldepot Hermann G. Müller Am Schießhaus 11

Stiftshof Verkehrslokal der organisierten Arbeiter

Schallplatten Sprechapparate Musikalien Zauberflöte Wellenerstraße 35

Schreibmaschinen, Vervielfältigungs-Apparate in jeder Preislage

Curt Träger, Zirkusstraße 7 Tel. 18 906

Sechser-Kneipe Poppitz 13 Arbeiterverkehrslokal

Dresden-Löbtau

Viktoria Drogerie Kosselstraße 31a

Drogerie zum weißen Kreuz Alfred Sachsenröder Kosselstraße 24

Max Schmalz feine Fleisch- und Wurstwaren Theresienstraße 44

Max Scheibe Lübecker Straße 2

Herm. Kosche Kosselstraße 5 und 42

Der Verein der Bierhändler von Dresden u. Umgegend empfiehlt seine vorzuziehenden Flaschen-Biere

Gasstube und Ballsaal Bürgergarten Lübecker Straße 16

Möbelhaus Richard Schmieder empfiehlt seine große Auswahl in Möbel aller Art

Alwin Ritscher Kosselstraße 17

Wild / Geflügel / Feinstoff Oscar Grundmann

Konditorei u. Café Paul Müller Kosselstraße 1

Ernst Berthold Kosselstraße 1

Paul Hausmann, Kosselstraße 18

Butterhandlung „Lorech“ Kosselstraße 12

Restaurant Zur guten Quelle Inh. Erich Schneider

Ärztlich empfohlen Briesnitzer Mineralbrunnen GESUNDHEITSFÖRDERND

Bäckerei, Kaffeekantone Kosselstraße 122

Ernst Güller Kosselstraße 74

Gerhard Römer Saalhausener Straße 1

W. BRUCHOLD Eberplatz 12

West-Apotheke Friesenberger Straße 120

Dresden-Cotta

Wasch- und Plattenanstalt Gardinenspanner Paul Jählich

Wogl's Lebensmittelgeschäft Weidenstraße 58

Furmhäuser Gute Lokalitäten mit großem Gesellschaftssaal u. Kegelbahn

Kurt Ködritz Gottfried-Keller-Straße

Arthur Pieper, Uhrmacher Wartauer Straße 10

Zum Weinbauer Cotta Hebbelstraße 24

Emil Neumuth, Hötzigstraße 41

Oberlausitzer Landmolkerei O. Riedel, Inh. K. Adam

Butterhaus Kleeblatt Inh. Otto Spemann

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Otto Backofen

Bruno Grafer Kosselstraße 22

Sonnen-Apotheke Hamburger Straße 83

Wohlfühlerei Walter Teichmann

Weidenhäuser Hof Weidenstr. 4

Hänel's Textilwaren Warthaer Straße 24

Frieda Arnold, Neutempler Str. 27

Möbelhaus Hugo Liebig

Lebensmittel Egidia Bergemann

Alfred Rudolph, Weidenhäuser-Drogerie

G. Burm H. Hühnel

Arthur Barthel Drogerie/Photo/Farben

Josef Müller's Restaurant

MAX SCHÜTZE Dampf-Wasch- u. Plattenanstalt

Apotheker Hans Steinbach / Drogerie

Möbel-Fabrik Richter & Mühler

Belleu Freitag, Sonnabend und Sonntag

Kurt Petters

Dresden-Prohls Kurt Köhler, Tornauer Straße

Gasstube „Prohls“

V. Ulmann's Papier-Ecke

SCHMELZER

Milch, Butter, Eier, Käse, Joghurt

Zigarren-Wagner

Musikhaus Otto Friebe

Reserviert

Leder u. Schuhmacher-Bedarfsartikel

Dresden-Leubnitz

Damen- u. Herren-Attelure

Rosen-Drogerie Schandauer Straße 4

Wilhelm-Brot

Gasstube „Dahlem“

Fild- und Bekleidungs-Handlung

Strümpfe, Wollwaren / Hoffmann

Gasstube „Deutsche Ecke“

Kolonialwaren Felix Vogel

Dresden-Kleinzschadowitz

Werkzeug- u. Hausbedarf

Dresden

Seldnitz Wilm Henning, Winterbergstraße 74

Wlred Alex, Bäckerei u. Konditorei

Gasthof zur Eule Jeden Sonntag Ball

Dresden-Reich Rudolf Weiße, Mühlener Straße 2

Dresden-Laubegast

E. Brodhaus

Kenner kaufen

Schokoladen, Pralinen, Kakao

100 eigene Verkaufsstellen

Dresden

Chemische Reinigung

W. Kelling Dresden

Chemische Reinigung

Kleiderfärberei Großwäscherei

W. Kelling Dresden

Kettet die drei

vor den polnischen Justizmördern

Von R. Seiff, Warschau

Tausende revolutionäre Arbeiter und Bauern sterben einen langjähren Tod in den Kasmatten des faschistischen Polens. Aber das genügt nicht mehr dem Diktator Pilsudski, diesem blutigen Kettenhund der polnischen Bourgeoisie und des internationalen Imperialismus.

Am 12. Juni hat das Feldgericht in Lemberg die Genossen Hirsz, Jagen und Propper, die des Hochverrats angeklagt waren, zum Tode durch den Strang verurteilt.

Worin besteht das Verbrechen dieser Verurteilten?

Wie der Anklageakt lautet, haben sie Aufrufe der Kommunistischen Partei der Westukraine im Zusammenhang mit den 6. März-Aktionen des internationalen Proletariats verbreitet.

Im Verlaufe des 12-jährigen Bestehens des unabhängigen polnischen Staates mordete die Polizei täglich revolutionäre Arbeiter und Bauern bei jeder Gelegenheit, bei Streiks und Demonstrationen. Im Jahre 1920, während des Krieges mit der Sowjetunion, haben die Feldgerichte massenhafte Todesurteile gegen die Proletarier gefällt, die der Sympathie zu der roten Armee verdächtig waren. Durch Urteil des gewöhnlichen Strafgerichtes sind feinerzeit Genosse Hibner und einige Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes in Polen erschossen worden, weil sie durch Befämpfung der Propaganda die revolutionäre Bewegung verteidigten. Aber drei Todesurteile wegen Verbreitung von kommunistischen Aufrufen — das ist eine neue Etappe in der endlosen Kette der Verbrechen der polnischen Bourgeoisie, das ist die Ankündigung einer weiteren Verschärfung des faschistischen Regimes.

Die revolutionäre Bewegung in Polen, wo gegenwärtig eine ungeheure Wirtschaftskrise waltet, wächst von Tag zu Tag an. Der nationale Befreiungskampf der werktätigen Massen in der Westukraine und in Westgalizien wird immer schärfer. Die Arbeiter und Bauern bekämpfen immer entschlossener den Krieg gegen die Sowjetunion, diesen Krieg, den der polnische und der internationale Imperialismus vorbereitet. Sie treten immer entschlossener gegen einen neuen Feldzug nach Kiew auf. Das alles bildet eine drohende Gefahr für die faschistische Diktatur und für die antisowjetischen Kriegspläne Pilsudskis.

Darum greift Pilsudski zu den schändlichsten Terrormaßnahmen und richtet die ganze Schärfe des Terrors gegen die kommunistische Partei Polens, der Westukraine und Westgaliziens als die Organisatoren und Führer der Arbeiter und Bauern im Kampfe gegen die faschistische Diktatur und gegen den imperialistischen Krieg.

Die Tatsache, daß dieses Urteil jetzt eben ukrainische Kommunisten trifft, daß Pilsudski die Galgen in Lemberg aufstellt, weist auf den besonderen Kriegskarakter dieses Urteils hin.

Die Westukraine wird in dem vorbereiteten Krieg das nächste „Hinterland“ für die gegen Kiew vorrückende imperialistische Armee bilden. Pilsudski will also in diesem „Hinterland“ schon heute eine Friedhofsstätte herstellen. Zudem er mit der ukrainischen Kontingentskommission verhandelt und Verträge schließt — mit dieser Kontingentskommission, unter der betrügerischen Parole der „Erlösung“ der Sowjetukraine aus dem „moskowitischen Joch“ —, indem er die polnische Okkupation in der Westukraine legitimiert und die Werkstätten von der Sowjetukraine dem internationalen Proletariat zu verhandeln sich bemüht, will Pilsudski mit Hilfe des grausamsten „Kriegs“-Terror die ukrainischen Arbeiter und Bauern zum Schweigen bringen. Die ukrainischen Arbeiter- und Bauernmassen sehen aber in der Bereinigung des einzigen Ausweges zur Befreiung aus der polnischen Anarchie. Darum stellt Pilsudski schon jetzt seine Galgen in Lemberg auf, um diese ukrainischen Massen zu terrorisieren.

Die Westukraine bildet für die polnische und die internationale Bourgeoisie das „Wahnsinnigste“ in dem Feldzug gegen die Sowjetukraine. Und darum — obgleich die Kanonen noch schmelzen — lassen die Gerichte Pilsudskis solche Mordurteile gegen die Kommunisten fällen.

So bildet das Todesurteil von Lemberg nicht nur eine kurzweilige Nachlese des Faschismus gegen den Kommunismus im

Faschistenbanden haufen in Finnland

Kommunistische Druckereien besetzt und zerstört — Terrorgesetze in Vorbereitung — Heldenkampf der finnischen Arbeiterschaft

Helsingfors, 17. Juni. Die kommunistische Partei Finnlands, die bisher trotz ihres Verbotes in halblegalen Zuständen arbeiten konnte, ist in den letzten Tagen den schärfsten Verfolgungen ausgesetzt. Die kommunistischen Zeitungen in Helsingfors, Viikari und Sava wurden durch die finnischen Behörden verboten und durch Polizeitruppen besetzt, das Druckereigebäude in Sava vollkommen zerstört. Der Leiter der kommunistischen Druckerei von Sava wurde von „Unbekannten“ in einem Kraftwagen verschleppt. Gleichzeitig finden Massenveranstaltungen von bekannten Kommunisten statt.

Der finnische Reichstag ist zum 1. Juli einberufen worden, um ein „Gesetz zum Schutze des Staates“ zu sanktionieren und Änderungen der Strafgesetze und des Pressegesetzes anzunehmen, die dem verschärften Feldzug gegen den Kommunismus eine „gelegliche“ Basis geben sollen.

Der Unterdrückungsfeldzug gegen die revolutionäre Bewegung, der mit voller Schärfe eingeleitet hat, zeigt die Faschisierung der finnischen Regierungspolitik, die im engsten Zusammenhang mit der stärkeren Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion steht. Die jegliche antisowjetische Offensiv wurde unmittelbar eingeleitet durch ein Ultimatum, das eine Konferenz der

faschistischen Organisationen am 11. Juni der finnischen Regierung überreichte. Das Ultimatum forderte von der Regierung das Verbot aller kommunistischen Zeitungen, aller revolutionären Organisationen und die Verhaftung aller bekannten Kommunisten. Die Führung der finnischen Faschisten, der sogenannten „Rappo“-Bewegung, wurde von dem aus dem Weltkrieg her bekannten und berühmten General Mannerheim übernommen.

Die Welle der Empörung in der finnischen Arbeiterschaft gegen die faschistischen Gewalttätigkeiten schlägt immer höher. Taglich veranstalten sie Protestversammlungen und Demonstrationen. Eine von 5000 Arbeitern besuchte Protestkundgebung in Helsingfors richtete einen Appell an die Arbeiter und Antifaschisten der ganzen Welt. In der Entschlüsselung heißt es:

Finnlands Arbeiterklasse wird gegen den faschistischen Terror und gegen die faschistischen Diktaturpläne bis zum äußersten kämpfen. Unterstützt uns in diesem Kampfe! Bewerkstelligt eine kräftige Kampagne gegen den faschistischen Terror Finnlands in allen Ländern! Geht schnell durch Worte und Taten zu erkennen, daß die Arbeiter und Antifaschisten der ganzen Welt den Terror der Faschisten in Finnland verurteilen und entschlossen gegen ihre Diktaturpläne kämpfen werden!

Wieder 13 Hinrichtungen in Indochina

Bisher 68 Todesurteile gefällt — kommunistische Kammerfraktion brandmarkt das französische Henkerregime

Paris, 17. Juni. In Den Ban (Indochina) wurden am Dienstag früh 13 indochinesische Freiheitskämpfer, die wegen Beteiligung an den Märzankämpfen zum Tode verurteilt worden waren, hingerichtet.

Wie die „Humanité“ meldet, hat der französische Imperialismus bisher insgesamt 68 Todesurteile in Indochina ausgesprochen, wovon 19 bereits vollstreckt worden sind, und zwar zwei in Binh (bereits vollstreckt), vier in Bac Ninh, 13 in Den Ban (davon vier bereits vollstreckt), 29 andere in Den Ban (davon 13 vollstreckt) und zehn in Phu Tho.

Aber neben diesen von den Gerichten verurteilten Revolutionären sind zahllose im Verlaufe der Aufstandskämpfe getötet und verwundet worden. Ebenso ungezählt sind die Verhafteten und Eingekerkerten und diejenigen, die jeden Tag in den Justizhäusern von Poulo-Condor, Lao-Bao, Vai-Cham um zugrunde gehen.

In der französischen Kammer brandmarkt der Genosse André Berthoin in wichtigen Ausführungen das Henkerregime des französischen Imperialismus in Indochina.

Er wies nach, daß die gegenwärtigen großen Aufstandsbewegungen in Indien, China und Indochina auf einen Anschlag darstellen, der die Eiskühlung und das nahe Ende des Imperialismus bezeichnet. Die Kolonialisten wollen ihre Befreiung und werden sie im Kampfe gegen die Imperialisten auch durchziehen. Die Proletarier der „Mutterländer“ müssen sich in Massen erheben, um den Ermordungen der Eingeborenen Einhalt zu gebieten. Die kommunistische Partei fordert die Arbeiterklasse, darunter auch die Soldaten und die Matrosen, auf, sich mit den unterdrückten Indochinesen zu verbinden.

Araber-Generalstreik in Jerusalem

Die Massen antworten auf die Vollstreckung von drei Todesurteilen an Aufständischen

Jerusalem, 17. Juni. Drei Araber, die im Zusammenhang mit den Unruhen in Hebron zum Tode verurteilt wurden, sind heute durch den Strang hingerichtet worden.

Jerusalem, 17. Juni. Die arabische Arbeiterschaft von Jerusalem ist aus Protest gegen die von Macdonald angeordnete Hinrichtung von drei arabischen Freiheitskämpfern in den letzten 24 Stunden eingetreten. Auch alle arabischen Läden hatten geschlossen. Die Behörden haben erhöhte Polizeivollmacht angeordnet. Panzerautos laufen provokatorisch durch die Straßen. Der Bevölkerung hat sich eine maßlose Erregung bemächtigt.

Schon in den letzten Tagen wurde das Gefängnis von Haifa, in dem die drei Verurteilten untergebracht waren, durch englische Truppen bewacht, die mit Panzerwagen und Flugzeugen ausgerüstet waren, weil die Menge wiederholt einen Sturm auf das Gebäude zur Befreiung der Arbeiter versucht hatte.

Washington, 17. Juni. Das Marineministerium hat eine Summe von 827.000 Dollars zum Ankauf von 822 Bombenflugzeugen zur Verfügung gestellt.



81. Fortsetzung.

Ich bin gar nicht willens, es darauf anzuwenden, mich von der leicht herbeizurufenden Wache überwältigen zu lassen, im Gegenteil: Ich möchte am liebsten laut lachen. Aber man muß sich doch für einen außergewöhnlich gefährlichen Menschen halten und möchte einen Skandal vermeiden. — Deshalb rief man nach Kiesel, der stehend aufstand. Er hielt, schaut unglücklich zu mir herüber und sagt dann: „Behold, noch keine Dummheiten, ich werde der Sache auf den Grund gehen!“

„Können wir gleich machen. Sie dort den Kasten nach, darin liegt der Schein!“

Da springt Kiesel, als brenne ihm der Stuhl unter dem Hinterteil, zu dem Sekretär hin und verschluckt ihn. „Meine Herren!“ sagt er dann, „ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie sich des Hausfriedensbruchs schuldig machen. — Ich bitte nunmehr, — sonst!“ Er hat schon das Telefon in der Hand.

Kiesel ist baff. Ich gehe lachend auf ihn zu und sage: „Komm, bist ein guter Kerl, aber dem Gauner bist du nicht gewachsen. Ich hab die doch gejagt, wo der Schein liegt, warum langst du nicht zu?“

Er braucht Zeit, um sich zu sammeln. Dann sagt er: „Magst recht haben, Behold, aber man nimmt doch nicht immer das Schlimmste an. — Leb wohl!“ Er geht über den Hof hin, lang und schlendend. Wenn er hinschaut und nicht wieder aufsehen oder sich in irgendeiner Ecke verkriechen und weinen würde: ich würde mich nicht wundern.

Die letzten Tage und Stunden sind immer die schwersten. Der Sündenbuckel der Genossen ist moribund, Ermunterungen sind

billig und leicht für den, der geht. Sie wissen das und schweigen.

Sophie weiß, daß viele schon in den Gefängnissen durch den Hunger umgebracht oder auf Festung zu Tode gebracht wurden. Sie grübelt und schmeigt auch.

Ich habe nur noch einen Wunsch: außer Schweiß zu schütten, was dann kommt, begreifen zu können, unbeschadet von ihren Augen. Ich bin so radikal fertig mit dem Vorfall, nicht mehr hinauszugehen, daß sich alle meine Gedanken auf zwei Möglichkeiten konzentrieren: Flucht oder Gefängnis. Alles andere ist selbst aus.

Die Uhr geht mir zu langsam. Wenn schon, denn schon! Jeder Versuch, den andern aufzurichten, ist Tauschung; — das fröhlich in den Fingern, den Zeiger mit einem Ruck hinauszuschieben — Schlag!

Und dann kriecht es doch hoch, von den Fesseln durch Schenkel und Brust, bleibt stehen im Hals. Ich fühle, wie die Muskeln in meinem Gesicht aus dem Spiel fallen. Ich habe mich nicht mehr in der Gewalt, darf jetzt keine Dummheit machen, nicht etwa versuchen zu lachen, was weiß, welche Grimasse das werden könnte.

Ich nehme meinen Pappkoffer, gebe Bertha und dann Sophie die Hand, drücke ihre Hand einmal, zweimal. Bertha streckt ihre Arme aus, juchzt auf und will Sophie vom Arm springen.

Ich verlaufe mich kurz umzudrehen — und es geht. Versuche den Arm zu heben, um die Tür zu öffnen. Auch das gelingt. Ich brauche mich nicht umzudrehen, um sie heranzuschlagen — und das ist gut so!

Ich bin draußen. Es ging besser, als ich dachte. Bis um die Ecke ist es nicht weit und Sophie kommt hoffentlich nicht nach. Ich möchte alles — wenn es über mich kommen sollte — allein abmachen.

Wir werden zum letzten Male aufgerufen. Fünf Mann von vierzig Jahren. Es hält nicht mehr sonderlich auf. Wir gehen hinaus zum Hof, in ungleichmäßigen Reihen. Frauen, Kinder stehen auf den Fußsteigen, grüßen, gehen mit. Eine ragt höher über die andern hinaus. Die Sonne scheint auf ihrem blonden Scheitel, ein Kind auf ihrem Arm schaut haunend über den Bahnhof, zu den Böden, zu uns, zu seiner Mutter — zu Sophie.

Ich springe aus der Reihe, gebe ihr den Koffer, nehme das Kind und sage: „Komm!“ Der Unteroffizier läuft vor: „Das geht nicht, seien Sie doch vernünftig!“

„Meine Frau ist wackel! Lassen Sie mich!“

Er bringt nicht weiter in mich, schüttelt nur den Kopf. Sophie geht neben mir, trägt meinen Koffer, von Schöneberg bis zu einem verbotenen Gelände irgenwelches Bahnhofs im Innern der Stadt, von morgens zehn Uhr bis nachmittags um zwei. Wir essen an der Kasse unser verdientes Brot. Wir ist es gar nicht, als nähmen wir Abschied. Ich bin der letzte, der einsteigt. Kuffe Bertha noch lachend und sagt zu Sophie: „Ich komme wieder!“

Sie nimmt ihr Kind und geht mit den andern Frauen von der Kasse fort, winkt, über den andern, noch einmal auf der Erde, als winkle sie für alle.

XVII.

Der Schlagfall fällt ab. Die Sonne brennt über die letzten Jahrgänge des Landsturms, über die Kinder, die von der Schulbank, aus den Erziehungsanstalten kommen. Ich werde wieder belehrt, warum die „Reiche Feldhaubike 95,00“ diesen Namen führt, was ein Schneisenmesser ist, was „Kanonier eins“ bis „janz“ zu machen hat. Ich lerne von neuem Schießen, die Gasmaske auf- und abheben, grünen, strammstehen und nehme Unterricht, um mich in den Sorgen, in den Zähnen und Vaterländern nicht zu irren.

Ich bin der bestmögliche Soldat des ganzen Juges, weiß nie, ob das „mehr“ oder „weniger“ an Teufels rechts oder links bedeutet, und eigne mich nicht zum Richtkanonier. Meinen Paß scheint niemand nachzusehen.

Ich lerne den Paradevorsatz im Leben nicht. Wachtmeister Grund jedoch will mich auch das beibringen. Er jagt mich viermal „an die Mauer Marck-Marsch!“ — und ich komme ihm dann ganz langsam entgegen. Er läßt mich drei Tage einsperren.

„So ein zünftiges Flackchen findet man draußen nicht“, sagt Schulz, der schon zweimal vor mir drei Tage abmachte. Er sagt das mit einem Gleichmut, daß mir das Lachen im Halse stecken bleibt.

Ich komme vom Arrest zurück, weiß, ich werde noch öfter kommen, wenn es noch lange dauert.

(Fortsetzung folgt.)

Welche Unterbezirke werden Sieger im revolutionären Wettbewerb?

Dresden, den 18. Juni.

Nur noch wenige Tage stehen der Partei bis zum Wahltag zur Verfügung. Ungeheuer war die von der Gesamtmittgliedschaft bisher geleistete Arbeit — aber genau so muß auch anerkannt werden, daß gewaltige Arbeit geleistet wurde. Aber Kommunisten legen sich nicht selbstzufrieden auf den polenhaben, sondern heigern die Leistungen in geradezu staunenregender Höhe.

Mit diesem Artikel wollen wir kurz einige besondere Leistungen herausgreifen, aber auch gleichzeitig dort Kritik anbringen, wo es notwendig ist. Als Unterlage dienen wir:

1. die Vertriebsleistung der Parteieinheiten an den Bezirk,
2. die eingehenden Betriebs- und Ortszeitungen,
3. Mitteilungen in der Parteipresse,
4. durch Kontrolle der Bezirksleitung festgestellte Tatsachen,
5. die Sammeltätigkeit für den Wahltag.

Im Vordergrund der negativen Seite des Ergebnisses der bisherigen Wahlarbeit steht die schlechte Vertriebsleistung, mangelhaftes Einbinden der verständlich gefassten Agitationsfragenbogen, die zum Verband kamen und die mangelhafte Veleitung von Belegexemplaren der hergestellten Betriebs- und Ortszeitungen an den Bezirk.

Ein erfreuliches Zeichen der positiven Arbeit ist die Tätigkeit aller Unterbezirke auf dem Gebiet des Entwickelns neuerer und höherer Agitationsmethoden. Zurück blieben die Unterbezirke Dresden, Chemnitz und Leipzig. In diesen Städten, wo die Partei am stärksten ist, mühte die Arbeit entsprechend der Mitarbeit noch härter sein.

Bisher liegen dem Bezirk 62 Belegexemplare von selbsthergestellten Orts- und Betriebszeitungen vor. Die Kontrolle in den Bezirken ergibt aber bereits heute eine solch ansehnliche Zahl von Zeitungen, daß es wirklich Freude macht, wie Jellen- und Ortsgruppen mit primitiven Mitteln die beste Kampfweise schaffen.

Die Durchsicht der Zeitungen ergab, daß zu 75 Prozent die Zeitungen sehr gut alle Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse behandeln und damit auch in Verbindung die jährliche Landtagswahl. 25 Prozent sind fast reine Wahlzeitungen und deshalb fallig. Es genügt nicht, nur die Wahl zu behandeln, sondern alle Fragen der Arbeiterklasse müssen eine gute politische Darstellung erfahren.

Im Vordergrund muß stehen die Lohnsenkungsaktion, die neue Zentralarbeitsgemeinschaft und die Solidartät mit den bereits kämpfenden Arbeitern.

Prozentual übertrifft bis jetzt die Ortszeitung in der Anzahl die Betriebszeitung. Das ist an sich nicht schlimm — aber keinesfalls darf auch nur ein wichtiger Betrieb ohne Zeitung bleiben. Genossen, nutzt die Zeit und sendet sofort Belegexemplare an den Bezirk! Sie werden bei der Schlußfrage kostenlos als Unterlagen gebraucht.

Die Arbeiterkorrespondenzen aus Betrieben und Gewerkschaften gehen viel zu wenig ein — auch hier mehr Mitarbeit an der Tagespresse. In einigen Unterbezirken wurde muttergüllige Kreidepropaganda gemacht. Besonders anerkannt wird die Arbeit, die während der Fest- und Sonntage in den Auslieferungsorten der Sächsischen Schweiz und anderorts gemacht wurde. Hier haben alle Unterbezirke mit wenig Ausnahmen mühevolle Arbeit geleistet — besonders Pirna und Riesa.

Bis jetzt konnten wir laut Bericht und Kontrolle 32 selbsthergestellte Propagandaakzelen feststellen — das ist noch viel zu wenig — also auch hier härter einlegen.

Am Ergebnis der Sammlung erkennt man auch die politische Tätigkeit. Es liegen auch hier erfreuliche Ergebnisse vor (siehe letzte Veröffentlichung in der Presse). Um das Goll zu überschreiten, bedarf es noch einer stärkeren Steigerung, und wir erwarten, daß hier noch besonders von den rüstständigen Bezirken nachgeholt wird.

Zum Schluß, Genossen, empfehlen wir dringend: Nehmt die Werbefala zum revolutionären Wettbewerb, die in der Parteipresse veröffentlicht wurde, tagtäglich zur Hand. Ueberprüft den Stand eurer Arbeit und helft auf diesem Gebiet nach, wo ihr zurückgeblieben seid!

Teilt der Presse besonders wirkungsvolle Agitationsmittel und Methoden, die ihr angewandt habt, mit, damit sie Nachahmung finden. In jedem Falle ist es aber notwendig, dem Bezirk über alles zu berichten und alles Material einzusenden.

Genossen! Warum schimpft der Gegner so sehr auf die Kommunisten? Nun, deshalb, weil sie auf allen Gebieten die bewährtesten und besten Agitatoren sind. Weil sie neue, revolutionäre und die kühnsten Methoden anwenden.

Bis zum 22. Juni gilt es also, alle Hämmer lauten zu lassen. Das Gedicht der Städte und Dörfer muß einen revolutionären Charakter tragen. Darüber hinaus sind diese neuen Erfahrungen im revolutionären Wettbewerb weiter auszubauen für alle Zukunftsaufgaben.

In die Arbeit, Genossen, alles für den Sieg der Liste 3!

Gebirgs-Republikklub geht um

Glauchau, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

In Reichenhalden bei Glauchau hielten die Nationalsozialisten eine Versammlung ab und versuchten im Zusammenhang damit die arbeitende Bevölkerung zu provozieren. Als die Arbeiter sich das verboten, unternahm die Nationalsozialisten mit ihren Nordwesten ein tolles Gemisch. Ein Arbeiter erhielt einen Schlag in die Lunge und ist an den Folgen desselben im Krankenhaus verstorben. Die Arbeiterklasse geriet in helle Empörung und verprügelte die Nationalsozialisten, so daß zwei von ihnen ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Sachsenwahlnummer der AJZ

Ein glänzendes Mittel zur Wahlagitator! Verbreitet sie überall! Kein Exemplar darf übrigbleiben!

Achtung! Arbeiterportier in Zreitall

Erscheint alle am Mittwoch, dem 18. Juni, 1930, in Krilles Gasthof, Döhlen. Dort wird über die Erfolge der Tagung der oppositionellen Sportler Bericht erstattet. J.-G. Zeitung Zreitall. Realiter Arbeiter-Revolutionär-Bund, Orisgr. Pirna. Heute Spielabend im Jugendheim, Zimmer 2.

Rundfunk

Mittwoch, den 18. Juni

16,30: Nachmittagskonzert. 18,20: Wettervorhersage und Zeitangabe. 18,25: Italienisch. 18,45: Aktuelle Viertelstunde. 19: Indischer Abend. 20: Hans Göl mit eigenen Werken. 21: Versuchübertragung einer funktelegraphischen Verbindung mit San Francisco. 21,30: Dreigespräch über Affordarbeit und Nationalisierung. 22: Orpheus (Rundfunkhörspiel). 22,30: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend bis 24: Tanzmusik. 00,30—1,30: Nachtkonzert.

Ämtliche Bekanntmachungen

Wahlen zum Landtag betr.

Die Wahl findet

Sonntag den 22. Juni d. J.

statt. Die Gemeinde Brodowiz ist in 3 Wahlbezirke eingeteilt.

Es gehören zum:

1. Wahlbezirk: der alte Ortsteil
Wahlraum: Tränkners Gasthof;
Wahlzeit: von vormittags 8 bis nachmittags 5 Uhr;
2. Wahlbezirk: der neue Ortsteil
Wahlraum: Reales Gasthaus
Wahlzeit: von vormittags 9 bis nachmittags 5 Uhr;
3. Wahlbezirk: die Spitzgrundstraße
Wahlraum: Hindelens Waldschänke
Wahlzeit: von vormittags 9 bis nachmittags 5 Uhr.

Die Stimmzettel sind ämtlich hergestellt und werden am Wahltag den Wahlberechtigten im Wahlraum ausgehändigt. Der Wähler macht durch ein auf den Stimmzettel gezeichnetes Kreuz oder auf andere Weise kenntlich, welchem Wahlvorschlagn er seine Stimme geben will und übt sein Wahlrecht durch Abgabe des Stimmzettels in einem ämtlich gestempelten Umschlagn aus.

Stadtwiz, am 16. Juni 1930.

Der Gemeinderat.

Landtagswahl.

Die für Sonntag den 22. Juni 1930 angeordneten Hauptwahlen zum Landtag finden in der Stadt Brand-Erbisdorf von vormittags 8 bis nachmittags 5 Uhr statt.

Für die Stimmenabgabe ist die Stadt Brand-Erbisdorf in drei Wahlbezirke eingeteilt:

- Der 1. Wahlbezirk umfaßt die Hausgrundstücke Ortsl. Nr. 1 bis 38, 110—130 und 191—202 des Ortsteiles Brand.
- Der 2. Wahlbezirk umfaßt die Hausgrundstücke Ortsl. Nr. 40 bis 109 und 152—190 des Ortsteiles Brand und 56—72, 91 B bis 92 E, 110—116, 150—152, 157 und 159 des Ortsteiles Erbisdorf.
- Der 3. Wahlbezirk umfaßt die Hausgrundstücke Ortsl. Nr. 1 bis 59, 73—91, 93—109 B, 117—149 und 153—154 des Ortsteiles Erbisdorf.

Wahlräume sind:

Restaurant zum Schützenhaus für den 1. Wahlbezirk, Restaurant zur Schmiede für den 2. Wahlbezirk und Gasthof zur Zufriedenheit für den 3. Wahlbezirk.

Die Stimmzettel sind ämtlich hergestellt und werden am Wahltag im Wahlraum den Wahlberechtigten ausgehändigt. Der Wähler macht durch ein auf den Stimmzettel gezeichnetes Kreuz oder auf andere Weise kenntlich, welchem Wahlvorschlagn er seine Stimme geben will, und übt sein Wahlrecht durch Abgabe des Stimmzettels in einem ämtlich gestempelten Umschlagn aus. Abwesende können sich weder vertreten lassen noch sonst an der Wahl teilnehmen.

Brand-Erbisdorf, am 14. Juni 1930.

Der Stadtrat.

Ottendorf-Ostrilla.

Die Wahl von Abgeordneten für den Sächsischen Landtag findet

Sonntag den 22. Juni d. J.

statt. Die Abgabe der Stimmzettel hat in der Zeit von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 5 Uhr zu erfolgen. Die Gemeinde ist in 3 Wahlbezirke eingeteilt worden, und zwar:

Wahlbezirk 1.

Sieblung, Teichstraße, Quenstraße, Sorngasse, Lomniker Straße, Feldweg, Kirchstraße, Radeberger Straße (einschl. Feldweg nach Lomnik), Sidstraße, Schulstraße, Dresdener Straße. Wahllokal: Alte Schule.

Wahlbezirk 2.

Mühlstraße, Königbrücker Straße, Moritzgasse, Würschinger Straße, Talstraße, Förstereistraße, Bergstraße (einschl. Häuser am alten Sportplatz), Ernststraße, Hammermühlweg, Radeburger Straße, Radeburger Straße links Nr. 1—17, rechts Nr. 2—31. Wahllokal: Alte Schule.

Wahlbezirk 3.

Radeburger Straße links Nr. 25—71, rechts Nr. 38—122, Hermann-Lichmannstraße, An der Höhe, Oberplatz, Frankfurter, Gaswerfstraße, Bahnhofsstraße, Radeberger Straße, Radeberger Straße, Radeberger Straße, Weinbergstraße, Eichelberg, Seifersdorfer Straße. Wahllokal: Gasthof Cunnersdorf.

Die Stimmzettel werden ämtlich hergestellt, andere Stimmzettel dürfen nicht verwendet werden. Stimmzettel werden von 8 bis 5 Uhr am Sonntag den 22. Juni 1930.



Die aufgewandte Mühe lohnt sich — wenn man gute

Einkochgläser

Bei der Verwendung weniger guter und daher billiger Gläser riskiert man unangenehme Ueber-raschungen.

Wir halten zur Einkochzeit für unsere Mitglieder beste Konservengläser in weiter und enger Form zu vorteilhaften Preisen bereit:

1/2 Liter	3/4 Liter	1 Liter	1 1/2 Liter	2 Liter
0.40	0.45	0.50	0.55	0.60

einschließlich Deckel, Gummiring und Bagel

Zur Vereinfachung des Einkochens empfehlen wir unseren Mitgliedern weiter einen

Einkochapparat

mit Thermometer, 6 Klammern und Kochbuch

Kompl. RM. 5.50

Einlegetöpfe von Ton

von ca. 1 Liter bis zu 10 Liter Fassungsvermögen

RM. 0.20 bis 2.00

Der Einkochapparat und die Einlegetöpfe von Ton stehen unseren Mitgliedern in den Warenhäusern und Sonder-Verteilungstellen zur Verfügung. Bestellungen darauf werden auch von den Lebensmittel-Verteilungstellen entgegengenommen.

Lompenzucker

zum Einkochen

Pfd. RM. 0.35

Abgabe erfolgt

nur an Mitglieder

Konsumverein

VORWÄRTS



STARKE'S KURRAD nur DRESDEN N. 6, Bautzner Straße 311, Ruf Nr. 51-02

Berufskleidung

Schlösserstücke
Malerartikel
Berufsmittel
Hemden
Unterhosen
Sportwesten
Hosenträger
Taschenschlüssel
Preise äußerst billig bei

Ernst Klaar

Lilientgasse 25
Ecke Josephinenstraße
Nähe Ostbahnhof
Verkaufsbüro 7. 10. 15. 20.

Streichf. Farben

Lacke aller Art

Schablonen

Pinself. Bürsten

Bohnerwachs

preiswert und gut

Lack- u. Farbengeschäft

CurFlechtig

Pirna

Bahnhofstr. 47, Ruf 103

Motorräder

Fahrräder

Nähmaschinen

Sprechapparate

empf. u. gel. teilsch. Auswahl

Willy Haack, Pirna Copitz

Spezial-Rep.- u. Verstellstellen

Teiltelung u. versorgt

Durch

ständiges

Inserieren

dauernder

Erfolg

Den

Vertreter der

Arbeiterstimme

erlangt man

unter Nummer

17259

Kautausrichter

Ober- u. Paupitz

empfiehlt

Textilwaren

Fahrräder

Sprechapparate

sowie Russische